Bildungsleitplan der Stadt Amberg

Entwurf Januar 2012

Dieser Text wurde im Rahmen des Bildungsleitplanungsprozesses der Stadt Amberg mit Unterstützung des BASIS-Instituts GmbH Bamberg erstellt:

BASIS-Institut GmbH

Schillerplatz 16

96047 Bamberg

Telefon: 0951/98633-0

E-Mail: info@basis-institut.de

V.i.S.d.P.:

Stadt Amberg

Oberbürgermeister

Wolfgang Dandorfer

Marktplatz 11

92224 Amberg

Inhalt

1 Grußwort des Oberbürgermeisters 4
2 Bildungsleitplanung der Stadt Amberg 5
3 Bildung in der Stadt Amberg 9
3.1 Bildungsangebote 9
3.2 Bildungsqualität 19
3.3 Zusammenfassung und Herausforderungen 23
4 Ergebnisse der Arbeitsgruppen 25
4.1 AG I: Frühkindliche Bildung 25
4.2 AG 2: Jugendarbeit und Ganztagsschule 30
4.3 AG 3: Arbeitsmarkt und Demographie 33
4.4 AG 4: Austausch der Schulen 45
4.5 AG 5: Bildung im Erwachsenenalter (Lebenslanges Lernen) 47
4.6 AG 6: Inklusion 50
5 Ausblick auf die weitere Arbeit im Themenbereich Bildung 54

„Es gibt nur eins, was auf die Dauer teurer ist als *Bildung*:
keine *Bildung*.“

J.F. Kennedy

1 Grußwort des Oberbürgermeisters

[wird noch eingefügt]

2 Bildungsleitplanung der Stadt Amberg

Im Frühjahr 2011 wurde mit den Vorarbeiten zur Erstellung eines Bildungsleitplanes begonnen. Dazu wurde eine Projektsteuerungsgruppe gegründet und das BASIS-Institut GmbH, Bamberg, mit der Moderation des Prozesses und der Durchführung einer Bildungsanalyse betraut. Zentrales Ziel des einjährigen Planungsprozesses war nicht die Erstellung eines Bildungsgutachtens, sondern die beteiligungsorientierte Entwicklung eines Bildungsleitplanes für die Stadt Amberg.

Abbildung 1

Quelle: Delors, Jaques et al. (1996): Learning: The Treasure within. Report to UNESCO of the International Comission on Education for the Twenty-first Century; Bertelsmann Stiftung (2011): Deutscher Lernatlas. Ergebnisbericht 2011; eigene Darstellung

Als Leitbild der Bildungsberichterstattung und -leitplanung diente ein umfassender Bildungsbegriff, der sich an einem Konzept lebenslangen Lernens orientiert, wie ihn die internationale Kommission „Bildung für das 21. Jahrhundert“ unter dem Vorsitz von Jacques Delors entwickelt und 1996 für die UNESCO im Bericht „Learning: The Treasure Within“ veröffentlicht hat. Dabei wird dem Faktum Rechnung getragen, dass Bildung nicht nur aus formaler Wissensvermittlung in der Jugend besteht, sondern wir als Menschen uns von frühster Kindheit an bis ins hohe Alter in unterschiedlichsten Kontexten persönlich, sozial, kulturell und beruflich entwickeln (vgl. Abbildung 1).

Orientiert an dieser ganzheitlichen Sichtweise wurde im Mai 2011 mit der 1. Amberger Bildungskonferenz der Auftakt für den beteiligungsorientierten Entwicklungsprozess des Bildungsleitplans gesetzt. Folgende Themen wurden dabei von den Teilnehmern aufgeworfen und diskutiert:

- Ganztagsschule und Vereine
- (Aus-)Bildungschancen nach dem mittleren Abschluss
- Austausch zwischen den Schulen
- Frühkindliche Bildung/Erziehungsverantwortung
- Chancen der Erwachsenenbildung (nicht wahrgenommen)
- Chancengerechtigkeit
- Berufliche Weiterbildung im demographischen Wandel
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Auf Grundlage der auf der Bildungskonferenz erarbeiteten Ergebnisse legte die Steuerungsgruppe fest, dass die weiteren Diskussionen in sechs thematischen Arbeitsgruppen gebündelt werden sollten:

- AG 1: Frühkindliche Bildung
- AG 2: Jugendarbeit und Ganztagsschule
- AG 3: Arbeitsmarkt und Demographie
- AG 4: Austausch der Schulen
- AG 5: Bildung im Erwachsenenalter
- AG 6: Inklusion

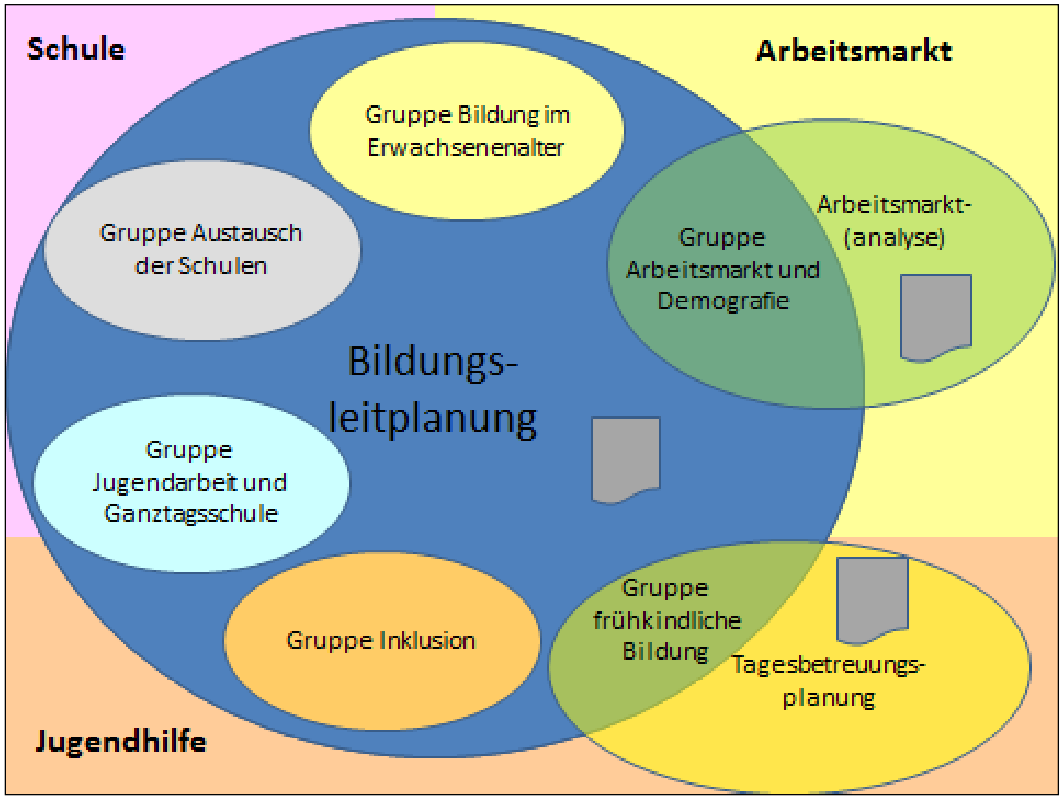
Insgesamt nahmen an den sechs Arbeitsgruppen über 120 Personen teil. Die Arbeitsgruppen tagten zwischen zwei und sieben Mal (im Schnitt drei Mal), analysierten die Situation im Themenbereich und erarbeiteten Maßnahmenvorschläge. Durch die thematische Eingrenzung der Arbeitsgruppen konnte die Diskussion vertieft werden. Alle für die Stadt Amberg relevanten Bildungsthemen wurden auf diese Weise aber natürlich nicht angesprochen. Insofern sind die Erkenntnisse und Ergebnisse der Arbeitsgruppen als ein Mosaikstein in einer kontinuierlichen lokalen Bildungsdebatte zu verstehen.

Bezüglich der thematischen Ausrichtung der Arbeitsgruppen ist noch anzumerken, dass einige Themen zentral auf das Thema Bildung bzw. Lernen abstellten, andere Themen, wie „Frühkindliche Bildung“ und „Arbeitsmarkt und Demographie“, auch aus weiter gefasster Perspektive beleuchtet wurden. So war die Arbeitsgruppe „Frühkindlichen Bildung“ in zentralen Phasen des Planungsprozesses identisch mit der Planungsgruppe „Tagesbetreuungsplanung“, die sich mit der quantitativen und qualitativen Ausgestaltung der Tagesbetreuung in Amberg befasste. Für diesen Bereich, der unter die Zuständigkeit der Jugendhilfe fällt, wurden zwei separate Be-

richte erstellt. Einer befasst sich mit der quantitativen Entwicklung der Tagesbetreuungsangebote (Juli 2011) und einer mit der qualitativen Situation im Tagesbetreuungsbereich (Januar 2012). Im Rahmen der Bildungsleitplanung wurde aber auch deutlich, dass Tagesbetreuungsangebote wesentliche Beiträge zur Bildung im (früh-) kindlichen Lebensabschnitt, aber auch für eine Bildungspartnerschaft mit den Eltern leisten.

Für die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Demographie" gilt ähnliches: Das BASIS-Institut wurde parallel zur Unterstützung der Bildungsleitplanung beauftragt, eine Arbeitsmarktanalyse zu erstellen. Dazu wurden zwei Arbeitsmarktfachgespräche durchgeführt, aber Inhalte auch in zwei Treffen der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Demographie" im Rahmen der Bildungsleitplanung vertieft. Zentral befasste sich diese Arbeitsgruppe mit dem demographisch bedingt wachsenden Auszubildenden- und Fachkräftemangel. Viele angesprochenen Aspekte waren dadurch klar dem Thema Bildung zuzuordnen. Auskunft über die Erkenntnisse und Ergebnisse der auf den Arbeitsmarkt bezogenen Analysen und Diskussionen gibt die separat verfasste Arbeitsmarktanalyse (Januar 2012).

Abbildung 2



Quelle: eigene graphische Darstellung des Sozialplanungsprozesses der Stadt Amberg 2011

Betrachtet man die diskutierten Themen in der Übersicht, wird klar, dass die oft eher getrennt behandelten Sektoren Schule/Hochschule, Arbeitsmarkt und Jugendhilfe bei der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften gemeinsam berücksichtigt werden müssen. Durch die Einbeziehung all

dieser Aspekte in die Bildungsleitplanung wurde somit der Grundstein für eine ganzheitliche kommunale Planung gelegt.

Die Ergebnisse des gesamten Planungsprozesses wurden vom BASIS-Institut dokumentiert, in den Arbeitsgruppen und der Projektsteuerungsgruppe diskutiert und bei der zweiten Amberger Bildungskonferenz im Februar 2012 vorgestellt und besprochen. Nach der endgültigen Fertigstellung des Bildungsleitplanes wurde er im zweiten Quartal dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

„Bildungspolitik ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts."

Günther Beckstein

3 Bildung in der Stadt Amberg

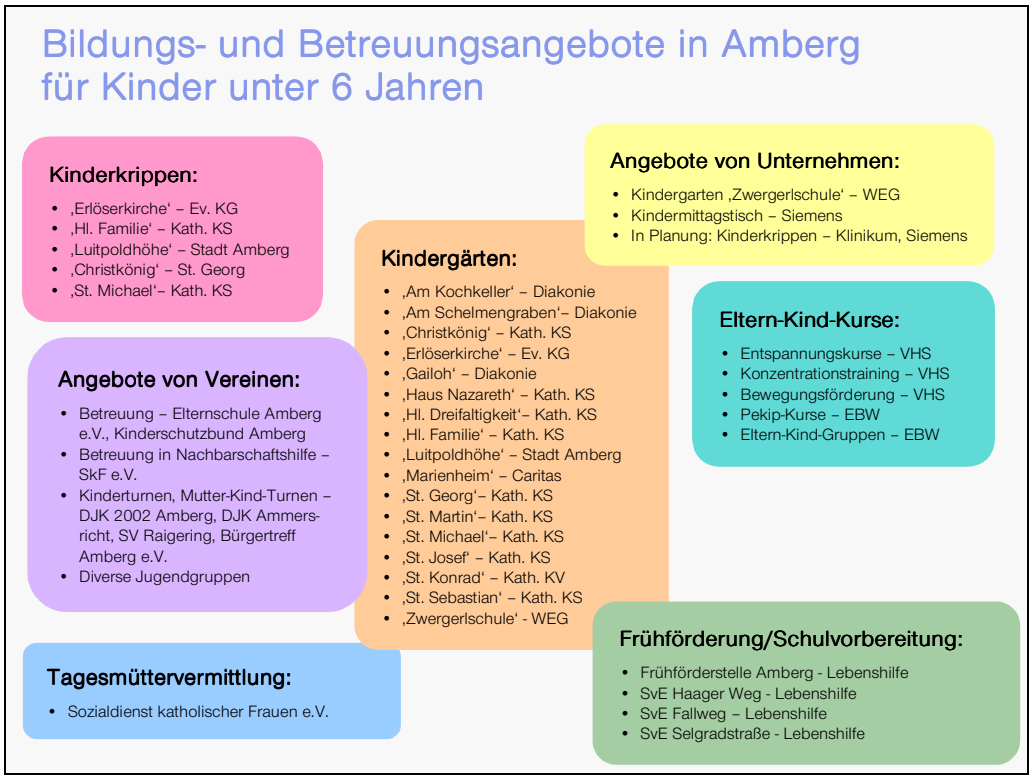
3.1 Bildungsangebote

Zur Erstellung einer Bildungsleitplanung gehört nicht nur die qualitative Diskussion von kommunalen Bildungszielen, sondern auch die Betrachtung der Bildungslandschaft in ihrem aktuellen Bestand sowie die Berücksichtigung notwendiger Anpassungen durch soziodemographisch bedingte Veränderungen im Nutzungsverhalten. Nachfolgend wird daher zielgruppenspezifisch auf die Bildungslandschaft für Klein- und Schulkinder sowie für Beruf und Freizeit eingegangen.

3.1.1 Klein- und Kindergartenkinder

Nachfolgende Abbildung gibt Aufschluss über die Bildungs- und Betreuungslandschaft für Kinder unter sechs Jahren in Amberg (Stand: Mitte 2011).

Abbildung 3



Quelle: BASIS-Institut (2012): Sozialplanung der Stadt Amberg. Ergebnisse der Bildungsanalyse

Für die Kindertagesbetreuung unter Dreijähriger wurde im Tagesbetreuungsplan der Stadt Amberg ermittelt, dass es in Amberg 2011 66 genehmigte Krippenplätze in Kindertageseinrichtungen und 25 Tagespflegeplätze gab. Weitere 45 Kleinkinder wurden auf Kindergartenplätzen betreut. Mit einer Betreuungsquote von 13 Prozent lag man damit nicht nur weit unter der politisch geforderten Mindestbetreuungsquote von 35 Prozent

(354 Plätze) und des ermittelten Elternbedarfs von 45 Prozent (455 Plätze), sondern nahm durch die Aufnahme von einem Drittel der betreuten Krippenkinder in regulären Kindergärten auch in Kauf, dass aufgrund des doppelten Buchungsfaktors von unter Dreijährigen 90 Kindergartenplätze nicht für die Betreuung von Drei- bis unter Sechsjährigen zur Verfügung standen. Die Stadt hat auf diese Situation reagiert und zusätzlich zu den bereits genehmigten, aber noch nicht umgesetzten Krippen St. Josef (12 Plätze) und St. Konrad (12 Plätze) eine Million Euro für Kinderkrippen bei Siemens (36 Plätze), im Klinikum (24 Plätze) und bei der Lebenshilfe (12 Plätze) im Haushalt 2012 bereitgestellt. Die Betreuungsquote erhöht sich dadurch – und begünstigt durch die demographische Entwicklung – auf 24 Prozent (232 Plätze). Trotz dieser beachtlichen Anstrengung liegt jedoch weiterhin eine Bedarfsunterdeckung von rund 100 Plätzen vor, Tendenz aufgrund steigernder Akzeptanz und Nachfrage frühkindlicher Betreuung weiter steigend[1].

Da neben Krippenkindern (90 Plätze) auch behinderte Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund einen erhöhten Betreuungsbedarf aufweisen, wird auch ihnen gesetzlich ein höherer Buchungsfaktor und somit faktisch die Belegung von mehr als einem Kindergartenplatz zugesprochen. **Eine Eins-zu-eins-Umrechnung von Kinderzahlen aus dem Melderegister auf genehmigte Platzzahlen ist daher zukünftig nicht mehr möglich.** Die in Amberg vorgehaltenen 1.093 Plätze (bzw. ohne Krippenkinder 1.000 Plätze) reichten daher 2011 nicht aus, 1.074 Drei- bis unter Sechsjährige zu betreuen. Bevor die demographische Entwicklung hier Entlastung schafft, steigen die Kinderzahlen bis 2015 jedoch zunächst weiter an. Die neue Kindertagesstätte der Firma Siemens (25 Plätze) sowie der Krippenausbau werden zur Entspannung beitragen, das vorhandene Defizit aber nicht auflösen, da die zunehmenden Integrations- und Inklusionsaufgaben sowie die Aufgabenerweiterung und Qualitätssteigerung der familienpädagogischen Arbeit zusätzliches Personal notwendig werden lassen. [2]

Der Ausbau von Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Amberg geht in dieser Richtung weiter voran, weitere Träger (Diakonie, Studentenwerk Oberfranken, BRK, Mehrgenerationenhaus und die Pfarrei St. Georg) haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert. Langfristig wird ein noch weiter erhöhter Bedarf in der Kleinkindbetreuung jedoch sinnvollerweise nicht mehr allein durch Neueinrichtung von Krippengruppen, sondern Umwidmungen von Kindergartengruppen zu decken sein. Dies gilt es durch eine engmaschige Fortschreibung von Bestands- und Bedarfserhebungen abzusichern, denn feststeht: Im elementarpädagogischen Bereich ist ein intensiver und

---

1 Vgl. BASIS-Institut (2011): Tagesbetreuungsplan für die Stadt Amberg. Teilplan I: Quantitativer Bedarf, S. 31-38.

2 Vgl. BASIS-Institut (2011): Tagesbetreuungsplan für die Stadt Amberg. Teilplan I: Quantitativer Bedarf, S. 14-21.

stetiger Wandel im Gange, bei dem es gilt, durch sorgfältige Berücksichtigung demographischer Gegebenheiten freiwerdende Ressourcen sinnvoll umzunutzen und Fehlplanungen zu vermeiden. Die Stadt Amberg hat durch ihre eng verzahnte Sozialplanung der vergangenen zwei Jahre (Bevölkerungsprognose, Sozialraumanalyse, Tagesbetreuungsplanung, Bildungsleitplanung und Arbeitsmarktanalyse) diesbezüglich bereits einen wichtigen Grundstein gelegt.[3]

3.1.2 Schulkinder

Abbildung 4 gibt Aufschluss über die Bildungs- und Betreuungslandschaft für Schulkinder in Amberg (Stand: Mitte 2011).

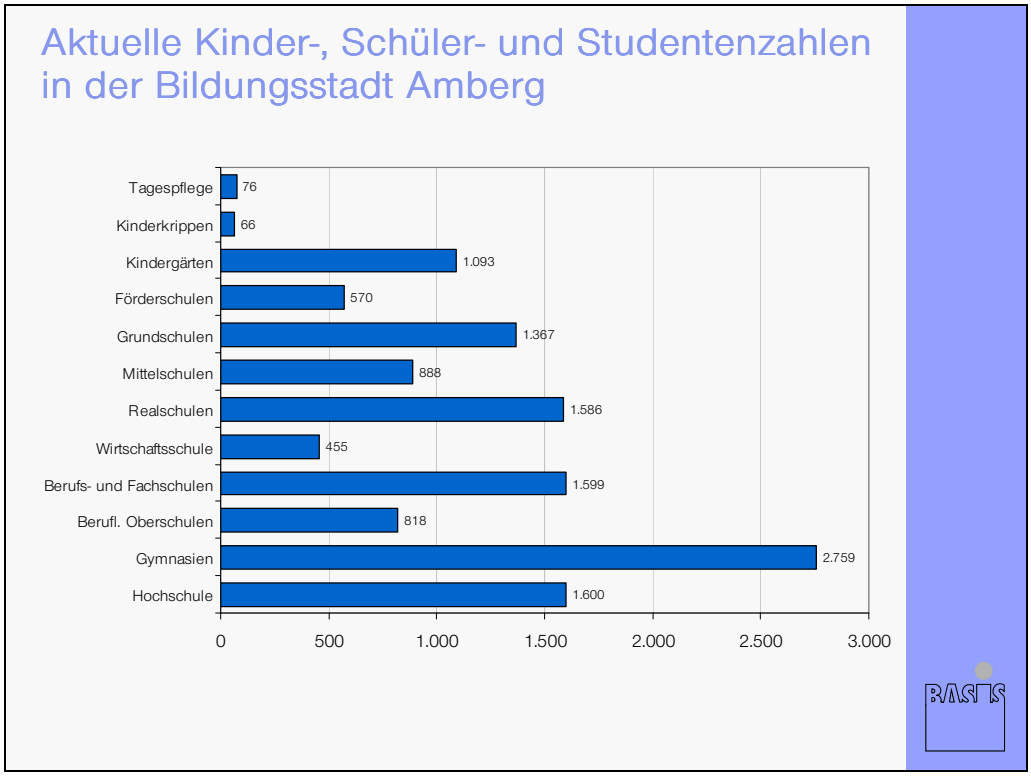
Abbildung 4

Quelle: BASIS-Institut (2012): Sozialplanung der Stadt Amberg. Ergebnisse der Bildungsanalyse

[3] Vgl. BASIS-Institut (2011): Sozialplanung der Stadt Amberg. Erhebnisse der Bildungsanalyse.

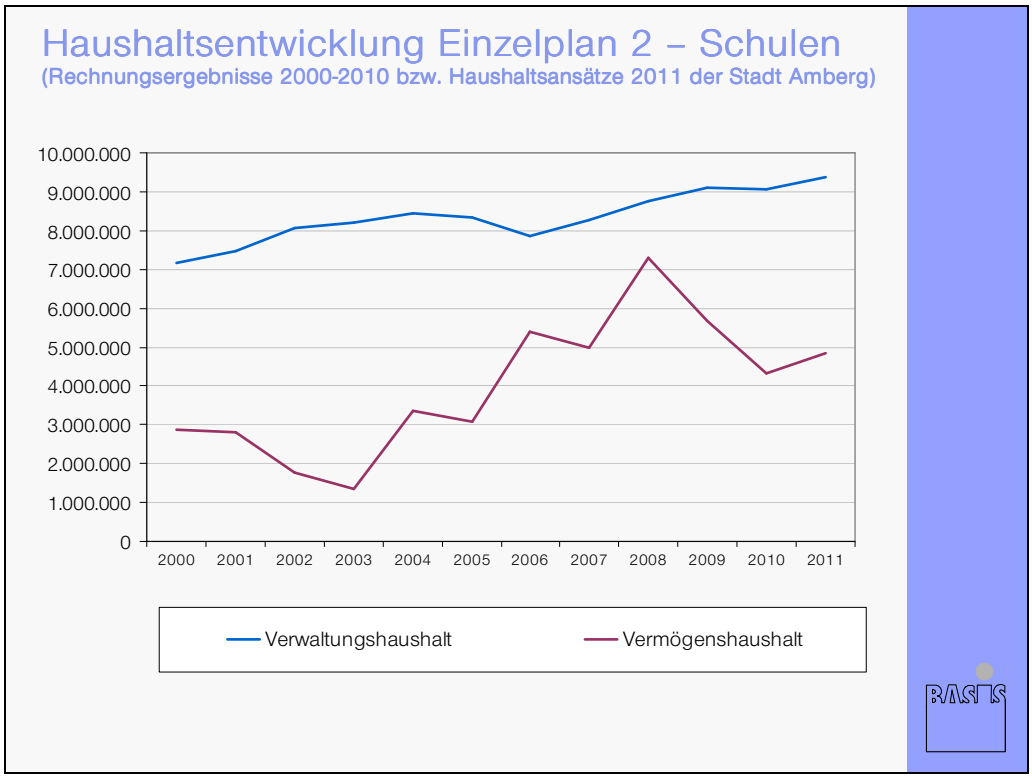
Aktuell stellt sich die Schülerverteilung auf die verschiedenen Schularten der Stadt Amberg derart dar, dass von den insgesamt 8.443 Schülern an Volksschulen und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen im Stadtgebiet 2.759 ein Gymnasium besuchen (32,7%; vgl. Abbildung 5). 1.586 Schüler gehen auf eine Realschule (18,8%), 1.367 auf eine Grundschule (16,2%) und 888 auf eine Mittelschule (10,5%). Des Weiteren gibt es 818 Oberschüler (9,7%), 570 Förderschüler (6,8%) und 455 Wirtschaftsschüler (5,4%). Würde man die weiterführenden berufsbildenden Schulen, die im nächsten Kapitel näher betrachtet werden, miteinbeziehen, erzielt Amberg durch die 1.599 Berufsschüler eine **Gesamtschülerzahl von 10.042** (445 bzw. 4,2% weniger als vor fünf Jahren). Beim Vergleich zwischen den Schulformen ist jedoch zu beachten, dass ab der fünften Jahrgangsstufe auch Schulkinder aus anderen Gebietskörperschaften in Amberg beschult werden.

Abbildung 5



Quelle: Verwaltungsdaten des Jugendamts und des Schulamts der Stadt Amberg, des Staatlichen Schulamts und der Hochschule Amberg-Weiden; eigene Darstellung

Abbildung 6



Quelle: Verwaltungsdaten des Referats für Finanzen, Wirtschaft und Europaangelegenheiten der Stadt Amberg; eigene Darstellung

Trotz insgesamt sinkender Schülerzahlen sind die laufenden Verwaltungskosten für die Schulen relativ kontinuierlich gestiegen, von knapp 7,2 Mio. im Jahr 2000 auf fast 9,4 Mio. im vergangenen Jahr (vgl. Entwicklung des Verwaltungshaushalts in Abbildung 6). Außerdem hat die Stadt beständig in ihre Schullandschaft investiert. Unter anderem wurden über 4,1 Mio. Euro für den ersten Bauabschnitt des Neubaus der Staatlichen Realschule ausgegeben (vgl. Entwicklung des Verwaltungshaushalts in Abbildung 6). Darüber hinaus flossen fast 18,3 Mio. Euro in den Neubau des beruflichen Schulzentrums (vgl. Abbildung 7: Außenansicht des beruflichen Bildungszentrums in Amberg) und 4,3 Mio. Euro in die Sanierung der Barbaraschule und den Neubau der Mensa für dortige Ganztagsschüler (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 7: Außenansicht des beruflichen Bildungszentrums in Amberg

Quelle: Schulamt der Stadt Amberg

„Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“
Benjamin Franklin

In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass nicht nur Betreuungseinrichtungen mittlerweile Bildungsaufgaben übernehmen, sondern umgekehrt auch die Schulen einen Großteil der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern bestreiten. Angesichts der stark rückläufigen Schülerzahlen im Bereich der Grund- und Mittelschulen (-11,5% seit 2006) und der Forderung nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist diese veränderte Nutzung von Raum- und Personalressourcen durchaus zu begrüßen.[4] Die Stadt Amberg zieht sich in der Diskussion um die schulische Bildung nicht auf ihre Sachaufwandsträgerschaft zurück, die allenfalls eine Diskussion um Schulausstattung, Schulbau oder Gebäudeunterhalt zulassen würde, sondern befasst sich aus der Verantwortung für die Amberger Kinder, Jugendlichen und Eltern aktiv mit den anstehenden und eingeleiteten Veränderungen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat sie den Ausbau

4 Vgl. BASIS-Institut (2012): Sozialplanung der Stadt Amberg. Ergebnisse der Bildungsanalyse, S.11.

der ganztägigen Schulangebote umfassend unterstützt. Inzwischen haben **alle Grundschulen eine Mittagsbetreuung!**

Abbildung 8: Außenansicht der Amberger Barbaraschule mit neuer Mensa

Quelle: Schulamt der Stadt Amberg

Vier Schulen haben eine gebundene Ganztagsbetreuung:

- Barbaraschule (Grundschule)
- Dreifaltigkeitsschule (Mittelschule)
- Luitpoldschule (Mittelschule)
- SFZ Amberg

Drei Schulen setzen offene Ganztagsschulangebote bzw. ein Tagesheim um:

- Ammersricht (Grund- und Mittelschule)
- Gregor-Mendel-Gymnasium
- SFZ Amberg
- Das staatliche Max-Reger-Gymnasium hat ein Tagesheim integriert. Dieses Angebot ähnelt einer offenen Ganztagsschule.

Innerhalb weniger Jahre wurden so an vielen Schulen unterschiedlichste Formen ganztägiger Schulangebote etabliert.

Im Rahmen der weiteren Schulentwicklung ist nun darauf zu achten, dass bürgerschaftliches Engagement sowie die Angebote von Vereinen und Verbänden in diesen Entwicklungsprozess eingebunden werden. Hierzu gibt es durchaus unterschiedliche Befunde: Während auf der einen Seite

auch jetzt schon mit begrenztem Budget Schule und Vereine/Verbände effektiv zusammengebracht werden, gibt es auf der anderen Seite Schulen, die die komplexen Aufgabenstellungen, die eine Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen/Verbänden sowie bürgerschaftlich Engagierten hervorrufen, durch eine Komplettvergabe der Nachmittagsbetreuung an Bildungsträger oder Wohlfahrtsverbände reduzieren. Vielfach führt das in der Praxis nicht zu den erhofften pflege- und konfliktarmen Lösungen der Nachmittagsgestaltung. Allzu häufig bleibt dabei auch das Engagement von Bürgern oder von Vereinen oder Verbänden außen vor. Wenn man nun bedenkt, dass Schülerinnen und Schüler in ganztägig orientierten Angeboten weniger Zeit für klassische Vereins- oder Verbandsangebote haben, könnte das bisherige System der bürgerschaftlich organisierten Vereine und Verbände ins Wanken geraten. Dem gilt es in der weiteren Entwicklung der Ganztagsangebote entgegen zu wirken, indem auf eine verstärkten Kooperation zwischen Schulen, Kindertagesstätten sowie offener und verbandlicher Jugendarbeit gesetzt wird. Im Rahmen des Bildungsleitplanungsprozesses der Stadt wurden solche Netzwerkstrukturen bereits durch entsprechende Arbeitsgruppen grundgelegt (Kooperation der Schulen, Jugendarbeit und Schule). Zukünftig sind im Rahmen der ganztätigen Schulkonzeptionen folgende Ziele zu verwirklichen[5]:

1. Sicherung und Verbesserung der Qualifikationsfunktion der Schule im Hinblick auf einen hinreichenden Umfang an Lernzeit, auf eine differenzierte und variable Lernkultur und auf umfassende Begabungsentwicklung, intensive Lernförderung und Chancengewährung für alle Schüler/-innen, besonders aber für die Lernschwächeren.
2. Schaffung von Ansätzen zur Realisierung der sozialerzieherischen und sozialkommunikativen Aufgaben der Schule als familienergänzende und -unterstützende Erziehungsleistung sowie im Hinblick auf Kontakte mit Gleichaltrigen, soziale Integration und persönlichkeitsfördernde Freizeit-, Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten.
3. Sicherstellung einer Infrastruktur für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftlicher Beitrag der Schule zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Qualitätssteigerung der lokalen soziokulturellen Angebotsstruktur im Gemeinwesen.

Ein Motto, das aus dieser Entwicklung abgeleitet werden kann, ist die "Schule als Lebensraum eingebettet in das Gemeinwesen". Damit kann einer ganzen Reihe von Herausforderungen ein präventiv wirkendes Organisations- und Angebotssystem entgegengesetzt werden.

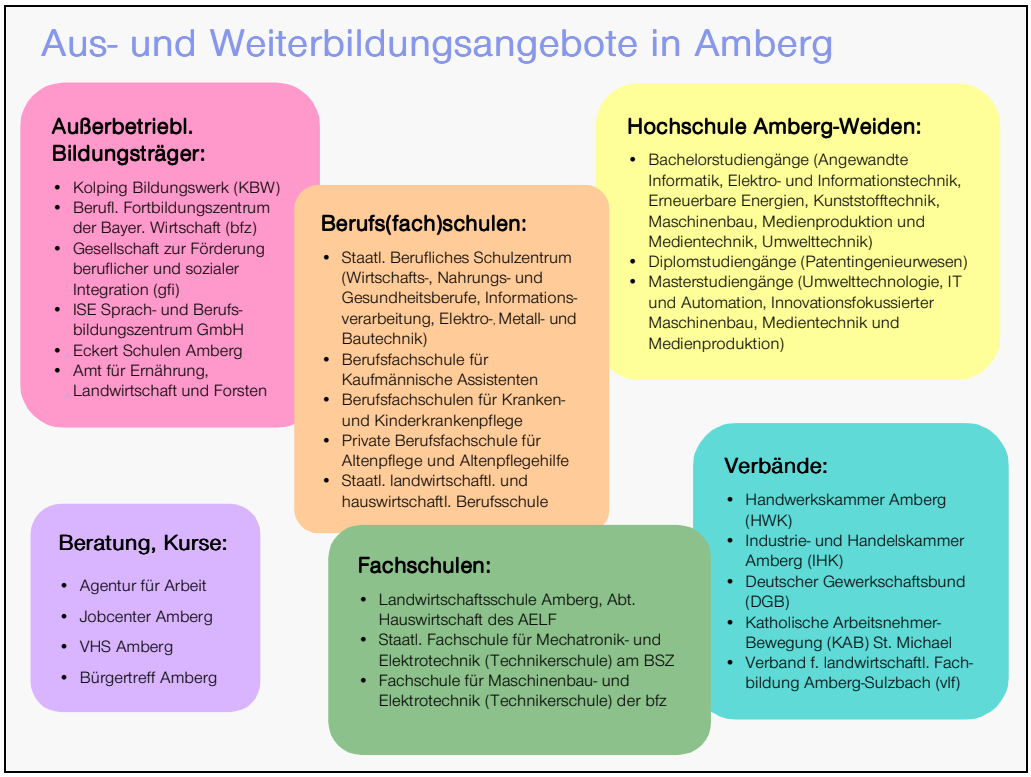
---

5 Vgl. Holtappels, Heinz Günter (1993): Ganztagsschule als Herausforderung: Kooperation von Jugendarbeit und Schule Vortrag auf der Fachtagung der Landesservicestelle Jugendhilfe/Schule zum Thema "Kooperation in der Ganztagsschule – Perspektiven der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule" am 19.11.2003 in Marburg.

3.1.3 Beruf

Die Aus- und Weiterbildungslandschaft in Amberg gestaltet sich wie folgt (Stand: Mitte 2011):

Abbildung 9



Quelle: BASIS-Institut (2012): Sozialplanung der Stadt Amberg. Ergebnisse der Bildungsanalyse

Da Ausbildungsangebote im dualen System hauptsächlich von Jugendlichen (14 bis u18) genutzt werden, die hochschulische Bildung von jungen Erwachsenen (18 bis u30), und der Weiterbildungsbereich sich hauptsächlich auf junge und ältere Arbeitnehmer (18 bis u65) stützt, ist hier demographisch bedingt mit unterschiedlichen Rückgängen bis 2025 zu rechnen: um 24 Prozent bei den Auszubildenden, um 26 Prozent bei den Studenten und um 13 Prozent im Weiterbildungsbereich. Aufgrund dieser drastischen Einbußen sind berufliche Schulen, Betriebe und Bildungsträger zu vorausschauendem, kooperativem Handeln angehalten, um Raum- und Personalressourcen sinnvoll umzunutzen oder zu reduzieren. Die tradierten Mehrfachstrukturen werden sonst für alle Beteiligten unrentabel.

Dis bisherige Entwicklung verdeutlicht aber auch, dass der Bildungsstandort Amberg in steigendem Maße durch das Studienplatzangebot der Hochschule Amberg-Weiden geprägt wird. Waren 2002 noch rund 1.100 Studierende in den 18 Studiengängen in den vier Fakultäten Elektro- und Informationstechnik, Maschinenbau/ Umwelttechnik, Wirtschaftsingenieurwesen und Betriebswirtschaft eingeschrieben, sind es heute etwa 3.000. Von diesen studieren am Standort Amberg 1600. Ursprünglich war

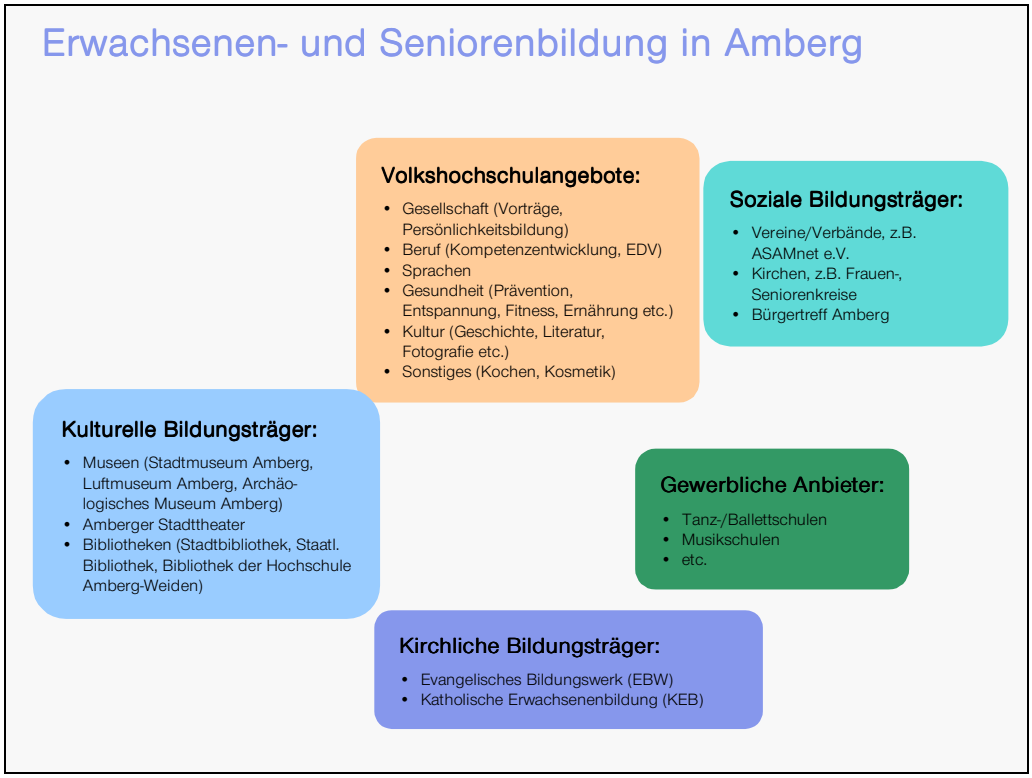
im Jahr 1995 das Entwicklungsziel gesetzt worden, in Amberg 1.000 Studierende zu erreichen.

Neben dem Studienplatzangebot erweitern sich auch die Studieninhalte stetig, was die Attraktivität der Hochschule weiter steigern dürfte. Ihre Erfolgsgeschichte ist somit ein Glücksfall für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Amberg, bindet doch die anziehende Außenwirkung der Hochschule in nicht unerheblichem Ausmaß externe Fachkräfte für die Region.

3.1.4 Freizeit

Nachfolgende Abbildung gibt Aufschluss über freizeitliche Angebote der Erwachsenen- und Seniorenbildung in Amberg (Stand: Mitte 2011).

Abbildung 10



Quelle: BASIS-Institut (2012): Sozialplanung der Stadt Amberg. Ergebnisse der Bildungsanalyse

Die Angebotspalette zeigt sich hier deutlich ausgedünnter als in den anderen vorgestellten Bereichen. Die Nachfrage dürfte aus zeitlichen Gründen (Berufstätigkeit) und fehlender positiver Grundeinstellung zu bewusstem lebenslangen Lernen allerdings auch deutlich geringer ausfallen als in den vorgenannten Lebenphasen. Zudem beschränken sich gerade im Seniorenbildungsbereich Angebote häufig auf Vorträge in Seniorenkreisen, die hauptsächlich aus hochbetagten Damen bestehen, während die Interessen der Generation der jungen Alten bisher wenig Beachtung finden. Da die Altersgruppe 65+ in den nächsten 15 Jahren nicht nur nicht schrumpfen, sondern sogar weiter anwachsen wird, bis ihr 2025 dann mehr

als jeder vierte Amberger angehört, wird es Zeit, sich auf diese Entwicklung einzustellen.

3.2 Bildungsqualität

3.2.1 Quantitative Berichterstattung

Ergänzend zu den obigen Befunden bezüglich der Bildungslandschaft in Amberg werden im Folgenden die zentralen Befunde der Bildungsanalyse (separater Bericht) aufgelistet[6]:

Formale Bildung

Frühkindliche Bildung

- Quantitative Voraussetzungen frühkindlicher Bildung im Kindergartenalter gut
- Im Kleinkindalter weiterhin Entwicklungsbedarfe, obwohl zwischen 2008 und 2011 die Betreuungsquote deutlich erhöht werden konnte.
- Gefahr, Anschluss an die Entwicklung in Bayern und auf Bundesebene zu verlieren, durch Krippenausbaubemühungen im Zuge der Tagesbetreuungsplanung 2011 gebannt.
- Auffällig: (noch) kein Personal mit fachspezifischer Hochschulausbildung in Amberger Kindertageseinrichtungen. Längerfristig ist über entsprechende Rekrutierungsmaßnahmen nachzudenken.

Schulische Bildung

- Wiederholerquote leicht unterdurchschnittlich; Datenlage jedoch kommunal wenig aussagekräftig.
- Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss gegenüber anderen kreisfreien Klein- und Mittelstädten erhöht. Im bayerischen Vergleich deutlich überdurchschnittlich, durch Stadt-Land-Verzerrungen jedoch nicht aussagekräftig.
- Übertritte ans Gymnasium und an die Realschule unterdurchschnittlich – seit 2004 aber tendenziell Annäherung an bayerisches Niveau; besonders betroffen: Planungsraum 3 (Südosten).
- Dennoch viele junge Erwachsene mit höherem Schulabschluss in Amberg, wahrscheinlich aufgrund der anziehenden Wirkung des Fachhochschulstandorts.

6 Die Datenanalyse stützt sich auch auf die Berichte des „KECK"-Projektes und des „Deutschen Lernatlas", da Daten für Vergleiche mit anderen Städten ähnlicher Größe nicht in der gewünschten Datenqualität verfügbar sind.

Hochschulbildung

- Amberg hält ein überdurchschnittlich hohes Angebot an Studienplätzen bereit, insbesondere im Vergleich zu anderen kreisfreien Klein- und Mittelstädten.
- Die Hochschule hat anziehende Außenwirkung und bindet externe Fachkräfte. Dadurch auch relativ hoher Anteil an jungen Erwachsenen mit Hochschulabschluss in der Region.

Berufliche Bildung

Ausbildung

- Amberg ist aus quantitativer Sicht ein großer beruflicher Ausbildungsstandort: Ausbildungsquote ist konstant hoch, kaum ein junger Bewerber bleibt ohne Ausbildungsplatz.
- Im „Deutschen Lernatlas" wird ausgewiesen, dass in Amberg statt durchschnittlich drei Viertel der Auszubildenden nur knapp jeder Zweite seine Berufsausbildung erfolgreich abschließt. Durch IHK und HWK werden diese Angaben allerdings widerlegt. In Amberg schließt ein hoher Prozentsatz von über 80 Prozent der Auszubildenden die Ausbildung erfolgreich ab.

Weiterbildung

- Berufliche Weiterbildung hat sehr hohen Stellenwert in Amberg
- Laut Infosystem des Bayerisches Volkshochschulverbands liegt die Stadt Amberg in Bezug auf die Weiterbildungsdichte auf dem guten 4. Platz von insgesamt 10 Gebietskörperschaften in der Oberpfalz.
- Laut dem Deutschen Lernatlas gibt es in anderen Klein- und Mittelstädten mehr VHS-Kurse zur beruflichen Fortbildung. Dies liegt aber auch daran, dass in Amberg Kurse zur beruflichen Fortbildung umfassend auch von Bildungsträgern wie z.B. Kolping durchgeführt werden, die Kurse in eigenen Werkstätten realisieren.
- Auffällig: großer Anteil an Hochqualifizierten nimmt an Weiterbildungsmaßnahmen teil, allgemeine Teilnahmequote dadurch jedoch nicht erhöht (Umkehrschluss: Gering- und Mittelqualifizierte profitieren unterdurchschnittlich häufig von Weiterbildungen)

Arbeitsumgebung

- Informelles Lernen am Arbeitsplatz durch selbständiges Problemlösen oder Verbesserung bestehender Verfahren unterdurchschnittlich ausgeprägt.
- Weniger aktive Unterstützung von Lernprozessen durch Coachings und Supervisionen in Unternehmen vor Ort

Soziale Bildung

Soziales Engagement

- Amberg ist eine Stadt mit sehr hohen Engagementraten.
- Befragungsangaben und tatsächliche Mitgliedschafts- und Mitwirkungszahlen durchweg überdurchschnittlich. Wie in Städten üblich fällt das Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr im Vergleich zu ländlichen Gemeinden etwas ab.
- Tatsächliche Ausbildung bestimmter sozialer Kompetenzen durch Engagement kann jedoch statistisch bisher nicht nachgewiesen werden.

Politische Beteiligung

- Politische Partizipation in Form von Parteimitgliedschaft in Amberg überdurchschnittlich ausgeprägt
- Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen fällt leicht unterdurchschnittlich aus.

Soziale Integration

- Durch überdurchschnittlichen Zahl an Einrichtungen der Jugendarbeit relativ viele offene Orte sozialen Lernens
- Austausch und Reflexion über unterschiedliche ethnische und kulturelle Herkunft, soziale Hintergründe und übergreifende Gemeinsamkeiten vor allem im elementar- und primärpädagogischen Bereich durch große Anteile an Kindern mit Migrationshintergrund.
- Dreigliedriges Schulsystem wirkt stark segregativ: nur sechs Prozent Schüler mit Migrationshintergund an Amberger Gymnasien.
- Des Weiteren auffällig: Menschen mit Migrationshintergrund leben verstärkt im Südosten der Stadt, ihre Anteile in den anderen Planungsräumen sind teilweise um mehr als 25 Prozentpunkte niedriger angesiedelt.

„Bildung soll allen zugänglich sein. Man darf keine Standesunterschiede machen.“
Konfuzius

Persönliche Bildung

Persönliche Weiterbildung

- Die Datenlage zur persönlichen Bildung ist sehr schwierig.
- Zwar ist die Zahl an VHS-Kursen, Kursteilnehmern und Sportvereinen in Amberg gering, die Kennzahlen eignen sich jedoch kaum, um die Bedeutung persönlicher Lernangebote und individuellen Lerneifers sowie die Weiterentwicklung persönlicher Kompetenzen zu messen.

Kulturelle Bildung

- Im Deutschen Lernatlas werden keine spezifischen Daten für die Stadt Amberg in Bezug kulturelle Bildung ausgewiesen. Die Amberger Region die im Deutschen Lernatlas beleuchtet wird, kann bezogen auf die Zahl der Einwohner bzw. Haushalte vergleichsweise wenig Museumsbesuche sowie Theater- und Konzertbesuche verzeichnen.
- Zwar wird den Besuchern informell literarisches und ästethisches Wissen vermittelt, es kann aber keine Aussage darüber getroffen werden, inwieweit dies etwa die eigene Kreativität beeinflusst.

Mediale Bildung

- In Amberg besteht durch die starke Breitbandverbreitung in großem Umfang die Möglichkeit, sich mit unserer komplexen globalisierten Welt eigenständig auseinanderzusetzen.
- Bibliotheken werden überdurchschnittlich genutzt und die Leseneigung ist sehr ausgeprägt.
- Informationen sind also nicht nur zugänglich, sie werden auch eigeninitiativ konsumiert.

3.2.2 Qualitative Rückmeldung der 1. Bildungskonferenz

Bei der 1. Amberger Bildungskonferenz arbeiteten die Teilnehmer an selbstgewählten Themen, die ihrer Meinung nach besonders entwicklungsbedürftig sind. Die genannten Themen stellen somit eine qualitative Rückmeldung von Entwicklungsbedarfen dar.

Die thematischen Gruppen waren folgende:

- Ganztagsschule und Vereine
- (Aus-)Bildungschancen nach dem mittleren Abschluss
- Austausch zwischen den Schulen
- Frühkindliche Bildung/Erziehungsverantwortung
- Chancen der Erwachsenenbildung (nicht wahrgenommen)
- Chancengerechtigkeit
- Berufliche Weiterbildung im demographischen Wandel

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Abbildung 11: Impressionen von der 1. Amberger Bildungskonferenz

Quelle: BASIS-Institut (2011)

3.3 Zusammenfassung und Herausforderungen

Die Bildungslandschaft insbesondere im Bereich der Bildungsangebote für Klein- und Schulkinder ist für eine kreisfreie Mittelstadt wie Amberg sehr differenziert. Auch im Bereich der beruflichen Bildung ist der Standort Amberg sehr gut aufgestellt. Im freizeitlichen Erwachsenen- und Seniorenbildungsbereich ist die Palette naturgemäß etwas weniger breit ausgeprägt, da die Nachfrage aus zeitlichen Gründen (Berufstätigkeit) und fehlender positiver Grundeinstellung zu bewusstem lebenslangen Lernen deutlich geringer ausfallen dürfte als in den vorgenannten Lebensphasen.

In allen Bereichen der Bildungslandschaft führt der demographische Wandel zu einem Anpassungsdruck, der im Schul- und Ausbildungsbereich aufgrund sinkender Schülerzahlen bereits heute spürbar ist. Im freizeitlichen Erwachsenen- und Seniorenbildungsbereich ist aufgrund der zunehmenden Bevölkerungszahl jenseits der 65 dagegen mit einem erhöhten Bedarf zu rechnen. Auch dürfte, obwohl die Nachfrage aktuell noch überschaubar ist, die Bedeutung lebenslangen Lernens zunehmen.

Darüber hinaus befinden sich die Bildungsinstitutionen auf Grundlage politischer Entscheidung und sich verändernder sozialer Rahmenbedingungen

in einem steten Wandel. Aktuell betrifft dies vor allem die Kindertagesstätten, da der zunehmenden Inanspruchnahme außerfamiliärer Betreuungsangebote durch einen starken Krippenausbau begegnet werden muss und der wachsende Bedarf an frühkindlicher Bildung und Elternbildung auch zu einer qualitativen Ausweitung der Bildungsarbeit führt. Darüber hinaus sollen die Leitziele der Inklusion und Integration umgesetzt werden, was neben den Kindertageseinrichtungen auch für die Schulen gilt. Die Entwicklungen in der Ganztagesbetreuung machen zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Schule notwendig und auch zwischen den Schulen besteht wegen des veränderten Bildungsverhaltens Kooperationsbedarf. Insbesondere sind dabei auch die beruflichen Aus- und Weiterbildungsgänge in den Blick zu nehmen, da sich die demographischen und sozialen Veränderungen bereits auf den Arbeitsmarkt auswirken, Stichwort Fachkräftemangel.

Festzuhalten bleibt: Ein derart vielfältiges Feld wie das der Bildung benötigt in Zeiten starker Veränderung langfristige kommunale Planung und Steuerung, um in Zukunft Ressourcen möglichst effektiv einsetzen und sich als optimaler Bildungsstandort für alle Altersgruppen etablieren zu können. Diese kommunale Planung und Steuerung bedarf, um die Wirkung von Maßnahmen nachweisen zu können, eines stetigen Monitorings verschiedener Kennzahlen zu Bildungsqualität und -erfolg, um regelmäßige Evaluationen der weiterentwickelten Bildungslandschaft vornehmen zu können.

4 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Wie berichtet, wurde von der Steuerungsgruppe entschieden, dass die Diskussion im Rahmen des Bildungsleitplanungsprozesses in sechs Arbeitsgruppen vertieft werden soll. Im Folgenden wird über die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen dieser Arbeitsgruppen berichtet:

- AG 1: Frühkindliche Bildung
- AG 2: Jugendarbeit und Ganztagsschule
- AG 3: Arbeitsmarkt und Demographie
- AG 4: Austausch der Schulen
- AG 5: Bildung im Erwachsenenalter
- AG 6: Inklusion

4.1 AG I: Frühkindliche Bildung

Lernen beginnt bereits unmittelbar nach der Geburt. Daher ist es schlüssig, verstärkt von frühkindlicher Bildung und nicht nur z.B. von Tagesbetreuungsangeboten zu sprechen. Zunehmend erkennt die Gesellschaft die zentrale und im wahrsten Sinne des Wortes grundlegende Bedeutung der frühkindlichen Bildung für den weiteren Bildungs- und Lebensweg. Natürlich ist die Umsetzung und Unterstützung der frühkindlichen Bildung auch eine zentrale Aufgabe und Herausforderung für die Eltern, aber eben auch zunehmend für die Institutionen und Angebote frühkindlicher Bildung. Zudem ergeben sich dort, wo nahezu alle Kinder ein gemeinsames Angebot besuchen, sehr gute Chancen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, Eltern zu unterstützen und insgesamt Sozialkapital im Stadtteil zu schaffen.

4.1.1 Ausgangssituation

Im Bereich der Kindertagesstätten haben das Bayerische Kinder- und Betreuungsgesetz und der Bildungs- und Erziehungsplan umfassende Veränderungen nach sich gezogen. Entlastung der Eltern und die Realisierung von Beratungsleistungen durch die Einrichtungen sind wichtige Inhalte des BayKiBiG (Bayerisches Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz) und werden auch in den Bayerischen Bildungsleitlinien thematisiert.

Auch wenn viele Einrichtungen intensiv mit der Umsetzung der im Bildungs- und Erziehungsplan aufgelisteten Bildungsziele befasst sind, ist der Stellenschlüssel der Kindertagesstätten immer noch eine entscheidende Hürde bei der umfassenden Umsetzung der Bildungsziele. Um den Kindern in Bezug auf ihre individuelle Situation gerecht zu werden, bedarf es einer kontinuierlichen Beobachtung bzw. Diagnose der Lernfortschritte sowie einer Ableitung auf das Kind bezogener Entwicklungsempfehlungen. In vielen Einrichtungen hat sich trotz der zwar verbesserten, aber immer noch nicht

ausreichenden personellen Rahmenbedingungen eine kontinuierliche positive Umsetzung dieses Förderprozesses etabliert, in den in Form von Entwicklungsgesprächen auch die Eltern einbezogen werden.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Lebenslage von Familien rapide verändert. Um nur einige Stichworte zu nennen, die diese Entwicklung beschreiben, können folgende Fakten angeführt werden: kleinere Familien (im Schnitt nur 1,4 Kinder je Frau), Familie mit mehr als zwei Generationen in einem Haushalt als Ausnahme (<1 Prozent aller Familien), Zunahme von Patchwork- und Ein-Eltern-Familien, stark gestiegenes Alter der Mütter und auch der Väter bei der Geburt des 1. Kindes (>29 Jahre), verstärkte Berufstätigkeit der Mütter, aber auch verstärkte Phasen der Arbeitslosigkeit der Eltern.

All diese Veränderungen haben dazu beigetragen, dass viele Familien in der heutigen Zeit andere Bedürfnisse haben als vorhergehende Generationen. So wird Erziehungskompetenz vielfach nicht mehr in einer Mehrgenerationenfamilie von Großeltern, Onkeln, Tanten bzw. Cousins und Cousinen gelernt, sondern muss sich oft mühsam dann angeeignet werden, wenn eigene Kinder auf die Welt kommen. Und selbst dann treffen die eigenen Kinder durch die Geburtenentwicklung auf immer weniger Kinder in der eigenen Umgebung (Geschwister, Cousins und Cousinen, Nachbarn). Der außerfamiliären Sozialisation in Einrichtungen (Tageseinrichtungen für Kinder, Schule, Jugendarbeit) kommt daher eine immer größere Bedeutung zu. Zudem sind viele Eltern durch die Vielfalt der Werte bzw. die Werte- und Orientierungslosigkeit unserer Gesellschaft verunsichert und benötigen Unterstützung bei der Suche nach passenden Erziehungskonzepten.

Erziehungsberatung leistet gute Arbeit bei der Unterstützung der Eltern und bietet innovative Ansätze für die Unterstützung von Eltern. Diese Ansätze konnten bisher allerdings nur punktuell und somit nicht flächendeckend als Angebot für alle Eltern umgesetzt werden.

Zentraler Ansatz, bedarfsgerechte Unterstützung von Eltern flächendeckend auszubauen, sind Modelle, die an der Lebenssituation der Eltern ansetzen und den organisatorischen Zugang dort suchen, wo Eltern gute Kontaktmöglichkeiten in etablierten Institutionen haben.

Vor allem Kindertagesstätten eignen sich sehr gut, um neue Modelle der Bildungspartnerschaft mit den Eltern zu etablieren, da in den Kindertageseinrichtungen zumindest in den letzten Kindergartenjahren fast alle Kinder betreut und begleitet werden. Die Entwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren ist daher in vielen Bundesländern mit einer hohen Priorität versehen. Neben Familienzentren spielen aber auch neue zielgruppenorientierte Unterstützungsangebote, wie „Opstapje“ (Unterstützung von Familien im Kleinkindalter durch speziell ausgebildete "Spielbera-

terinnen", die aus der Zielgruppe der Familien gewonnen werden) und Patenschaftsmodelle, eine zunehmende Rolle.

Generell gilt es, neue Wege der Elternbildung und -unterstützung auszuloten und auszubauen, um die Eltern verstärkt zu erreichen, die von klassischen Konzepten der Elternbildung wenig erreicht wurden.

Auch unabhängig von der Angeboten der Elternbildung sind Kindertagesstätten inzwischen unzweifelhaft wichtige Bildungs- und Sozialisationsinstanzen für nahezu alle Kinder.

Voraussetzung für die Nutzung von Kindertagesbetreuungsangeboten ist aber natürlich ein ausreichendes Angebot. Für die Altersgruppe der Kindergartenkinder ist das quantitative Angebot bereits jetzt gut. Für die Altersgruppe der unter Dreijährigen gilt es, noch eine Reihe von neuen Plätzen zu schaffen und die weitere Bedarfsentwicklung eng zu verfolgen. Bezüglich der Altersgruppe der Schulkinder lässt sich vor allem Entwicklungsbedarf in der (pädagogischen) Ausgestaltung der Angebote festhalten.

4.1.2 Das wollen wir erreichen

Frühkindliche Bildung wird in den Einrichtungen durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützt. Dazu werden Zug um Zug weitere Tagesbetreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen bis das Angebot bedarfsdeckend ist. Auch der Bereich der Tagesmütter wird ausgeweitet.

Neben der Betreuung von Kindern und der Aufgabe, Bildungsinhalte zu vermitteln, widmen sich immer mehr Kindertagesstätten der direkten Unterstützung der Eltern im Sinne einer Bildungspartnerschaft mit den Eltern.

Wir wollen darauf hinwirken, dass alle Kindertagesstätten durchgehende Standards individueller Beobachtung der Entwicklungsfortschritte haben. Aus dieser Beobachtung und Diagnose werden Förderpläne abgeleitet, mit den Eltern diskutiert und in individuelle Förderung umgesetzt.

Generell gilt es, die frühkindlichen Bildung mehr anzuerkennen.

4.1.3 Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Der Ausbau der Angebote für unter Dreijährige auf das Niveau einer Bedarfsdeckung wird abgeschlossen. Die Inanspruchnahme von Plätzen und die damit verbundene Entwicklung des Bedarfs wird eng beobachtet, um evtl. weitere Anpassungen des Angebots vornehmen zu können.

Die Rahmenbedingungen werden durch die Absicherung von Verwaltungsarbeit durch Kooperationen bei kleineren Trägern gestärkt. Die Betreuungsschlüssel verbessern sich kontinuierlich und nähern sich in Kindergärten einem Schlüssel von 1:10 an. Voraussetzung hierfür ist auch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen von Seiten des Landes.

Stufenweise bieten Kindertagesstätten vermehrt neue Elemente für die Schaffung einer Bildungspartnerschaft mit den Eltern an. Einige Kindertagesstätten entwickeln sich im Rahmen eines Modellprojektes zum Familienzentrum weiter. Kindertagesstätten beziehen verstärkt externe Partner wie die Musikschule und Logopäden in die Arbeit ein und lassen sich von Ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlich Engagierten unterstützen.

Die Elternbildung erprobt neue lebensweltorientierte Modelle, z.B. „Opstapje“ (Programm zur Unterstützung von Eltern mit Vorschulkindern durch Multiplikatoren).

4.1.4 Maßnahmen

4.1.4.1 Quantitativer Ausbau der Tagesbetreuungsangebote für unter Dreijährige

Der Ausbau der Tagesbetreuungsangebote für unter Dreijährige wird Zug um Zug realisiert bis eine Bedarfsdeckung festgestellt werden kann. Aktuell ist von einem zusätzlichen Bedarf von über 80 Plätzen auszugehen.

4.1.4.2 Trägerübergreifende Kooperation

Kindertagesstätten werden bei der Entwicklung von trägerübergreifenden Kooperationen beraten. Durch diese Maßnahme sollen in Bezug auf Verwaltungsarbeiten Freiräume geschaffen werden, die wiederum Kapazitäten für die inhaltliche Arbeit freisetzen.

4.1.4.3 Projekt Bildungspartnerschaft - Familienzentren

Einige Kindertagesstätten werden bis 2015 zu Familienstützpunkten weiter entwickelt. Es handelt sich hierbei um einen Entwicklungsprozess mit sehr unterschiedlichen bedarfsorientierten Entwicklungsschritten. Jede Kindertagesstätte wird für sich eine eigene Definition des Familienstützpunktes finden müssen. Die Stadt Amberg begleitet die Einrichtungen aktiv auf diesem Weg.

Dazu wird ein zweistufiges Vorgehen realisiert: Zunächst wird im Jahr 2012 ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, der von Sponsoren unterstützt wird. Teilnehmen können Kindertagesstätten auch im Verbund mit Kirchengemeinden, Schulen oder weiteren Partnern. Aus dem Ideenwettbewerb werden Bewerbungen für eine dreijährige Modellphase ausgewählt. In dieser werden von 2013-2015 neue Modelle der Bildungspartnerschaft erprobt und dokumentiert.

4.1.4.4 Personalschlüssel

Eine weitere Verbesserung der **Personalschlüssel** ist anzustreben, um Zeit für die pädagogische Arbeit am Kind, für die Beratung der Eltern und die Arbeit im Stadtteil aufbringen zu können. Mittel- und langfristig ist in Kindergärten ein Personalschlüssel kleiner 1:10 anzustreben.

Die Leitungen sind tlw. oder bei einer entsprechenden Größe der Einrichtung auch ganz von der Arbeit in den Gruppen freizustellen.

Eine konkrete **kleine Maßnahme zur Verbesserung der Anstellungsschlüssel** wäre auch, in Kindergärten den Faktor 2,0 bis zum Ende des Kindergartenjahres für die Kinder zu verwenden, die als Zweijährige in die Einrichtung aufgenommen wurden.

4.1.4.5 Inklusion

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Thema **Inklusion** ist in jeder Einrichtung zu prüfen, wie die Räumlichkeiten für die Realisierung der Inklusion weiter entwickelt oder ausgestattet werden müssen. Für die Umsetzung der Anpassungen müssen zusätzliche Fördermittel von Seiten des Staates oder der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

4.1.4.6 Teilhabe: Möglichkeit der VGN-Nutzung durch Kitas

Um den Kitas zu ermöglichen, die Umgebung bzw. die Stadt zu erschließen, ist es sinnvoll, Pauschalregelungen mit dem **VGN** zu treffen. Aktuell müssen manche Kinder aus Altersgründen zahlen, andere nicht. Sinnvoll wäre eine Regelung, die die Kinder bzw. die Kita von Kosten freistellt.

4.1.4.7 Teilhabe: Besuch von Museen durch Kitas

Auch in Bezug auf den **Besuch von Museen** wären pauschale, günstigere Regelungen für Kita-Gruppen sinnvoll.

4.1.4.8 Zusammenarbeit Kita-Schule

Im Bereich der Zusammenarbeit Kita-Schule bzw. der Übergänge gibt es bereits gute Ansätze und Projekte. Diese gilt es künftig auf der Grundlage der Bayerischen Bildungsleitlinien weiter zu entwickeln.

4.1.4.9 Gesprächskreis mit Eltern

Als guter Ansatz werden **Gesprächskreise mit Eltern** gesehen. Hier gilt es, eine **nachhaltige Finanzierung** abzusichern. An dieser Stelle und auch bei weiteren Maßnahmen in Bezug auf die Beratung und Unterstützung von Eltern ist anzuraten, die guten Maßnahmen und Ansätze des Jugendamtes im engen Dialog mit den Kitas weiter zu entwickeln und diese Angebote und Maßnahmen (noch) enger an die Kitas anzukoppeln.

4.2 AG 2: Jugendarbeit und Ganztagsschule

Neben den Bildungsangeboten der Schulen gibt es für Kinder, Jugendliche und Erwachsene eine Reihe weiterer Bildungsakteure, die Träger eigenständiger Bildungsangebote sind oder Bildungsprozesse unterstützen. Zu nennen sind hier neben der Jugendarbeit die Volkshochschule und andere Träger der Erwachsenenbildung, Bibliotheken, die privaten Musikschulen oder die Agentur für Arbeit sowie private Anbieter (z.B. Hausaufgabenhilfe).

Insbesondere für die Jugendarbeit stellt sich die Frage einer Kooperation mit den Schulen immer deutlicher, da z.B. im Rahmen der Nachmittags- bzw. der Ganztagsangebote und durch die umfassende zeitliche Inanspruchnahme der Schüler durch das G8 die Chancen sinken, Jugendliche in die Angebote von Vereinen und Verbänden einzubinden.

4.2.1 Ausgangssituation

In Bezug auf die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendarbeit und Schule gibt es in Amberg an einigen Schulen gute Kooperationen im Bereich von Sportangeboten. Umfassende und flächendeckende Kooperationen Schule-Jugendarbeit gibt es allerdings bisher nicht. Nach Einschätzung der Expertenrunden gibt es in Amberg auch zu wenig Überblick über das Angebot außerschulischer Träger und über den Bedarf und die Interessen der Schulen in Bezug auf die Kooperation. Der einzelne Schulleiter ist vielfach überfordert, sich selbst einen Überblick zu verschaffen und das Angebot zu beurteilen. Als wünschenswert wird die Einrichtung einer zentralen Koordinierung für die Schaffung eines Überblicks über funktionierende Angebote und Kooperationen empfunden.

In der Kooperation ergeben sich vielfach Probleme auf beiden Seiten. Gerade im Rahmen ganztägiger Schulangebote entsteht ein erhöhter Entwicklungs- und Koordinierungsbedarf, der bisher in den Stundenressourcen der Schulleitungsebene keinen Niederschlag findet. Auf der anderen Seite sind kleinere Anbieter oder ehrenamtlich strukturierte Anbieter außerschulischer Bildungsangebote überfordert, den Informations- und Koordinierungsaufwand allein zu stemmen. Hinzu kommt, dass Angebote, die ehrenamtlich geleistet werden, personenbezogen und freiwillig sind. Dies birgt Probleme, die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit solcher Angebote zu sichern.

Wenn durch Kooperationen neue Angebote geschaffen werden oder Kinder und Jugendliche an neue Angebote herangeführt werden, ist darauf zu achten, dass die Angebote für die Kinder bzw. Jugendlichen und deren Eltern finanzierbar sind. Evtl. sind Lösungen zur Finanzierung zu suchen (Finanzpatenschaften oder weitere Drittmittel zur Förderung der Kooperation).

4.2.2 Das wollen wir erreichen

Die Angebote außerschulischer Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche sind dokumentiert und die Bildungs- und Kooperationsangebote der Träger gut erkennbar. Die außerschulische Bildungsarbeit bringt ihre besondere Kompetenz auf der Grundlage eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs in die Gesellschaft ein und erfährt eine umfassende Wertschätzung und Anerkennung.

4.2.3 Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Es wird eine auch sozialräumlich abrufbare Dokumentation außerschulischer Angebote geschaffen, die kontinuierlich gepflegt wird und über das Internet zugänglich ist. In Bezug auf die Kooperation Schule und außerschulische Anbieter sind Beziehungen im Rahmen eines Modellprojekts auf gleicher Augenhöhe zu entwickeln, die die Eigenständigkeit außerschulischer Angebote wahren und deren spezifische Kompetenz in den Bildungsprozess einbringen. Es wird anerkannt, dass Fortschritte einer Kooperation Jugendarbeit-Ganztagsschule nur mit zusätzlichem Ressourceneinsatz erreicht werden können. Bei der Suche nach geeigneten Kooperationsmodellen von Jugendarbeit und Ganztagschule muss berücksichtigt werden, dass es höchst unterschiedliche Varianten der Umsetzung geben kann. Daher müssen Maßnahmen, die organisatorischen Bedingungen der Schulen (offene oder gebundene Ganztagsschule), den lokalen Bedarf und die Möglichkeiten der Vereine, Verbände und Jugendlichen berücksichtigen.

Generell sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Schüler die Übernahme von Verantwortung lernen zu lassen. Schüler können sich dazu in der Anleitung von Schülern an der eigenen Schule engagieren, Schüler an anderen Schulen anleiten oder auch in der Jugendarbeit tätig werden.

4.2.4 Maßnahmen

4.2.4.1 Angebotstransparenz

Mit Unterstützung des Modellprojekts Jugendarbeit-Ganztagsschule wird eine Datenbank mit Angeboten aufgebaut, die schulische Angebote ergänzen können. Neben Angeboten der Jugendarbeit können auch Angebote von engagierten Bürgern, der Bibliothek etc. eingebunden werden. Zielführend ist die Erstellung einer Web-Seite, die einen (möglichst vollständigen) Überblick über die vorhandenen Angebote bietet und durch entsprechende Suchkriterien das Auffinden von Angeboten für bestimmte Zielgruppen erleichtert. Sie wird kontinuierlich aktualisiert bzw. gepflegt. Die elektronische Übersicht der Angebote ist dabei nur ein Teil der Strategie, um die Transparenz zu erhöhen. Ergänzt wird diese Form des Zugangs durch Printmedien (Flyer, Broschüre) sowie durch direkte, persönli-

che Kommunikationsformen: Umsetzung von Patenschaftsmodellen, aktive Netzwerkarbeit, Verbreitung guter Beispiele z.B. durch Vorträge, Beratung in der Lebenswelt, Strategien zur persönlichen Motivation (in Projekten mit Empowermentansätzen) und kontinuierliche Bedarfsklärung.

4.2.4.2 Umsetzung eines Modellprojekts Jugendarbeit-Ganztagsschule

Unter der Federführung des Stadtjugendrings und mit finanzieller Unterstützung des Bayerischen Jugendrings wird ein mehrjähriges Modellprojekt zur Kooperation Jugendarbeit und Ganztagsschule etabliert. Eingebunden sind neben den Schulen und den Vertretern der Jugendarbeit auch das Staatliche und das Städtische Schulamt. Ein Modellprogramm braucht zur Umsetzung adäquate Ressourcen und lässt sich ohne zusätzliches Personal bzw. Finanzmittel nicht verwirklichen.

4.2.4.3 Stadtteilbezogene Strukturen und Maßnahmen

Zusätzlich sind viele Koordinierungsschritte stadtteilbezogen durchzuführen. Hauptziele dieser Koordinierung auf Stadtteilebene sind die Integration und direkte Kommunikation der Akteure in den Stadtteilen, Integration und Initiierung von ehrenamtlichem Engagement. Diese Formen der Kooperation müssen von den Schulen selbst koordiniert werden.

4.3 AG 3: Arbeitsmarkt und Demographie

Der Arbeitsmarkt ist als Themenfeld nicht deckungsgleich mit dem Themenbereich Bildung. Aber die Bearbeitung vieler Bildungsfragen hat unmittelbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dieser Zusammenhang wird aufgrund der zu erwartenden demographischen Entwicklung noch zunehmen. Anknüpfend an die Arbeitsmarktanalyse wurde in der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Demographie" der zu erwartende Fachkräftemangel in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt.

4.3.1 Ausgangssituation

Wirtschaft

- Ambergs Wirtschaftsstrukturen sind überdurchschnittlich vom produzierenden Gewerbe geprägt, das seine Arbeitnehmer zu 97 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl der Arbeitsstellen in diesem Sektor ist seit den 1990er Jahren rückläufig.
- Im Dienstleistungssektor nahmen die Arbeitsstellen leicht zu, allerdings sind hier nur zwei Drittel der Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Das Lohnniveau in Amberg ist aufgrund des ausgeprägten produzierenden Sektors relativ hoch, dennoch stellt sich der Fachkräftemangel bereits als Belastung für die örtliche Wirtschaft dar.

Sozialstruktur

- Ambergs Bevölkerung (mit Haupt- und Nebenwohnsitz) im erwerbsfähigen Alter macht mit knapp 28.800 Personen zwei Drittel der Gesamtbevölkerung aus, die Männer sind dabei etwas in der Überzahl.
- Die ausländische Bevölkerung fällt zu 80 Prozent in diese Altersgruppe, hat also ein weit höheres Erwerbstätigenpotential. Dieses wird aber nur unzureichend genutzt (Bildungsmangel, Nicht-Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse).
- Durch den Trend hin zu höheren Bildungsabschlüssen, durch den in steigendem Maße auch studierte Fachkräfte für die Region bereitgestellt werden, schrumpft die traditionelle Rekrutierungsbasis für Ausbildungsberufe.

Demographie

Insgesamt reduzieren sich die rund 23.100 Personen im Erwerbsalter im Jahr 2009 um rund ein Viertel auf gut 17.500 im Jahr 2029. Zunehmend wird die demographische Entwicklung deshalb zur Herausforderung für Betriebe in Bezug auf die (Wieder-) Besetzung von Stellen werden. Es wird daher künftig verstärkt darauf ankommen, das Erwerbspersonenpotential so gut wie nur irgend möglich auszuschöpfen.

Arbeitsmarktsituation insgesamt

- Die Beschäftigung am Arbeitsort Amberg befindet sich nach dem Tiefpunkt von 2004 in einem Aufwärtstrend. Vom Aufschwung der vergangenen Monate konnte vor allem auch die Zeitarbeitsbranche profitieren.
- Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre fand eine größer werdende Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter in Amberg keine Anstellung (sinkende Arbeitsortbeschäftigung) und orientierte sich stadtauswärts (steigende Wohnortbeschäftigung, sinkende Nettoeinpendlerzahl).
- Da das Erwerbspersonenpotential seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts wieder rückläufig ist, stieg bei nur leicht gestiegener Beschäftigtenzahl die Beschäftigungsquote sprunghaft an. Bis heute stellt sie sich jedoch als unterdurchschnittlich dar.
- Die Teilzeit-Beschäftigungsquote liegt über dem Durchschnitt und folgt einem anhaltenden Aufwärtstrend.
- Die Niedriglohnquote unter den Vollzeitbeschäftigten ist aufgrund einer ungleichmäßigen Lohnverteilung und einem relativ hohen Lohnniveau vor Ort überdurchschnittlich hoch. Legt man die bayerische Niedriglohnschwelle an, schneidet man relativ gut ab.
- Die Minijob-Quote ist unterdurchschnittlich ausgeprägt, anteilig gehen aber mehr Menschen einer geringfügigen Beschäftigung als Nebentätigkeit neben einer sozialversicherungspflichtigen Anstellung nach, Tendenz weiter steigend.
- Die Arbeitslosenquote in Amberg ist im bayerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch, folgt aber seit Mitte 2009 einem Abwärtstrend. Auffällig ist, dass sich die Gesamtquote zu zwei Dritteln aus dem Rechtskreis des SGBII speist. Aufgrund einer positiven Entwicklung im SGBII Bereich entwickelt sich aktuell allerdings ein günstigeres Verhältnis von SGBII- zu SGBIII-Empfängern.

Arbeitsmarktsituation der weiblichen Arbeitnehmer

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Amberger Einwohnerinnen steigt. Trotz unterdurchschnittlicher Ausprägung erfolgte in den vergangenen Jahren zudem eine Annäherung an die Beschäftigungsquote der Männer.
- Die Arbeitsstellen in Amberg sind überdurchschnittlich häufig von Frauen besetzt, die weiblichen Beschäftigten sind also überdurchschnittlich häufig Einpendlerinnen.
- Die Teilzeit- und Minijob-Beschäftigung stellt sich im Bayern- und sehr deutlich im Geschlechtervergleich bei Frauen als überdurchschnittlich dar. Das reduzierte Arbeitsvolumen dürfte auch auf die unterdurchschnittliche Kinderbetreuungssituation in Amberg zurückgehen.
- Die Frauenarbeitslosigkeit fällt im Bayern- und im Geschlechtervergleich überdurchschnittlich hoch aus. Seit Mitte 2009 ist ein Abwärtstrend erkennbar.

Arbeitsmarktsituation der jüngeren Arbeitnehmer

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 15 und 25 Jahren war um das Jahr 2005 herum stark eingebrochen und hat das Niveau von 2000 seither nicht mehr erreichen können, obwohl die jugendliche Wohnortbevölkerung zahlenmäßig rückläufig ist. Zudem fällt die Beschäftigungsquote unterdurchschnittlich aus.
- Die Arbeitsstellen in Amberg sind überdurchschnittlich häufig mit jungen Beschäftigten besetzt, junge Einpendler profitieren also verstärkt vom Stellenangebot vor Ort. Allerdings zeigt der Trend des Beschäftigungsanteils wahrscheinlich demographisch bedingt nach unten.
- Man versucht, dem durch verstärkte Rekrutierung entgegenzuwirken, was die Jugendarbeitslosigkeit in Amberg von weit überdurchschnittlichen 8,5 Prozent in 2009 auf fast an bayerische Verhältnisse heranreichende 3,0 Prozent im Juni 2011 abgesenkt hat.
- Die Ausbildungsquote ist deutlich überdurchschnittlich ausgeprägt, der HartzIV-Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist weit unterdurchschnittlich und hat kürzlich sogar die Ein-Prozent-Marke unterschritten.
- Trotz intensiver Potentialausschöpfung fehlt es an Auszubildenden und jungen Fachkräften, was auch auf das veränderte Bildungsverhalten zurückzuführen ist (Anstreben höherer Abschlüsse statt Erwerbstätigkeit).

Arbeitsmarktsituation der älteren Arbeitnehmer

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 50 und 65 Jahren stieg in den vergangenen zehn Jahren stetig und stark an, dennoch liegt man trotz einer Annäherung immer noch unter dem Durchschnitt.
- Über dem Durchschnitt liegt aber bereits seit 2004 der Anteil der älteren Arbeitnehmer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort. Jeder Vierte ist über 50 Jahre alt.
- Die Mobilität der älteren Arbeitnehmer hat in den letzten Jahren zugenommen.
- Dennoch ist kein nennenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit feststellbar. Sie liegt mit Schwankungen bei ca. zehn Prozent und ist damit fast doppelt so hoch wie in Gesamtbayern.

Arbeitsmarktsituation der Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund

- Leider sind aufgrund mangelnder Datengrundlage nur Aussagen über Arbeitnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit möglich, nicht jedoch über Deutsche mit Migrationshintergrund.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in den letzten zehn Jahren leicht zugenommen, die Zunahme verlief jedoch nicht in Relation zum Anwachsen der ausländischen Bevölkerung. Daher zeigt der Beschäftigungstrend, der rund zehn Prozentpunkte unter dem bayerischen Niveau liegt, nach unten.
- Die Beschäftigungsschere zwischen Ausländern und Deutschen hat sich in den letzten zehn Jahren weiter vergrößert: Die Chancen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind heute für einen Ausländer in Amberg nur halb so groß wie für einen Deutschen.
- Das Arbeitskräftepotential in Amberg wird theoretisch nur zu 30 Prozent mit Stellen am Arbeitsort abgedeckt, in Bayern sind es 70 Prozent: Ein Grund dafür, dass Ausländer ein negatives Pendlersaldo aufweisen und häufiger außerhalb der Stadt arbeiten.
- Die Arbeitslosenquote bei ausländischen Bürgern lag 2009 und 2010 bei über 20 Prozent. Seit März 2011 rangiert sie zwar unter dem deutschen Schnitt, reicht jedoch trotz ihres Tiefstandes von 11,5 Prozent im Juli 2011 nicht an bayerische Verhältnisse heran.
- Bei ausländischen Bürgern besteht ein erhöhtes Risiko auf SGBII-Bezug, der Zusammenhang ist in Amberg jedoch deutlich geringer ausgeprägt als in Gesamtbayern.

4.3.2 Schlussfolgerungen und Handlungsbedarfe

Der Arbeitsmarkt hat sich in Amberg in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Die Arbeitslosenquote sank von 9,7 Prozent im August 2009 auf 5,6 Prozent im Juli 2011. Damit liegt die Arbeitslosenquote zwar immer noch deutlich über der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit Bayerns, hat sich aber eben auch in Amberg drastisch reduziert.

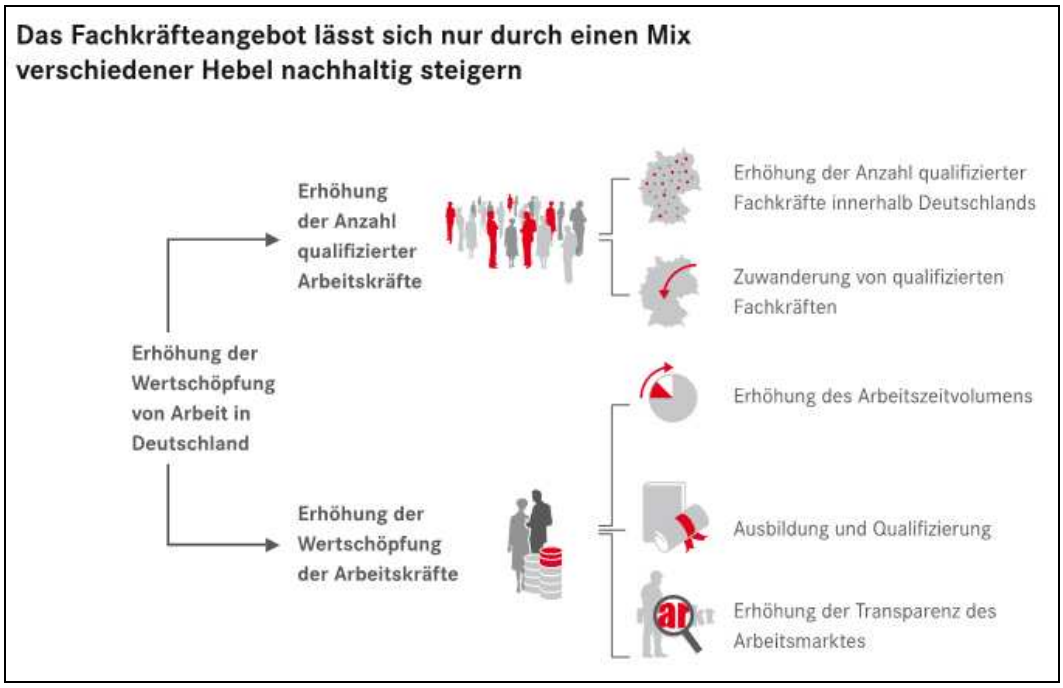
Die Zeiten hoher Arbeitslosenquoten scheinen also nun vorbei zu sein. Ein zentraler Grund dafür ist auch, dass die demographische Entwicklung künftig kontinuierlich mehr Arbeitnehmer aus dem Berufsleben ausscheiden lässt, als Berufsanfänger nachrücken. Dadurch entstehen neuartige Herausforderungen für den lokalen Arbeitsmarkt. Durch diese Entwicklung muss man sich zunehmend auf komplett veränderte Bedingungen am Arbeitsmarkt einstellen. Es wird zunehmend schwerer, Fachkräfte zu finden bzw. zu halten. Diese Entwicklung beleuchtet ein Bericht der Agentur für Arbeit mit dem Titel „Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland“[7]. Die Agentur für Arbeit geht davon aus, dass sich das Erwerbspersonenpotential in Deutschland von aktuell 44,6 Millionen um 6,5 Millionen bereits bis zum Jahr 2025 reduzieren wird.

In der Studie werden die Möglichkeiten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, benannt (vgl. Abbildung 12) und zehn Handlungschancen beschrieben, in denen gezielt auf die Entwicklung Einfluss genommen werden kann:

1. Schulabgänger ohne Abschluss reduzieren und Übergänge in den Beruf verbessern
2. Ausbildungsabbrecher reduzieren
3. Studienabbrecher reduzieren
4. Erwerbspartizipation und Lebensarbeitszeit von Menschen über 55 erhöhen
5. Erwerbspartizipation und Arbeitszeitvolumen von Frauen steigern
6. Zuwanderung von Fachkräften steuern
7. Arbeitszeit von Beschäftigten in Vollzeit steigern
8. Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben
9. Arbeitsmarkttransparenz erhöhen
10. Flankierende Maßnahmen im Steuer- und Abgabenbereich prüfen

[7] Bundesagentur für Arbeit (2011): Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland. Auf: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Sonstiges/Perspektive-2025.pdf>, 24.10.2011.

Abbildung 12



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2011): Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland. S.10

Würde laut Studie in allen Bereichen die maximal mögliche Wirkung der Maßnahmen erzielt werden, wäre es möglich den Verlust des Erwerbspersonenpotentials knapp zu kompensieren.

Nicht alle als Handlungschance beschriebenen Bereiche können allerdings lokal beeinflusst oder gesteuert werden. In der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und Demographie“ wurde daher die Diskussion auf die folgenden Handlungsfelder eingegrenzt:

- **Rekrutierung von Auszubildenden** (mit Fokus auf (Aus-) Bildungsabbrecher, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Quereinsteiger)
- **Erhöhung der Erwerbspartizipation** (mit Fokus auf ältere Menschen)
- **Erhöhung des Arbeitszeitvolumens** (mit Fokus auf Frauen)
- **Qualifizierung von Arbeitnehmern** (mit Fokus auf Weiterbildung Geringqualifizierter, formale Qualifizierung ausländischer Fachkräfte sowie kulturelle und soziale Qualifizierung)
- **Erhöhung der Lebensarbeitszeit** (mit Fokus auf neue Arbeitsmodelle, flexible Lösungen und Anreizsysteme)
- **Förderung der Arbeitsmarktintegration** (aktive Rekrutierung, kompetenzbasierte Einstellung, Qualifizierungsmöglichkeiten)

- **Unternehmenskommunikation, Bestandspflege, Gründungsberatung und Ansiedlungspolitik** (mit Fokus auf Existenzgründung und nachhaltige Standortattraktivität)

Alle diese Handlungsfelder werden in der separaten Arbeitsmarktanalyse beschrieben. **Im Rahmen des Berichts zur Bildungsleitplanung wird im Folgenden nur auf die Handlungsfelder eingegangen, die einen engen Bezug zum Thema Bildung haben. Ansonsten wird auf den separaten Bericht „Arbeitsmarktanalyse" verwiesen.**

Rekrutierung von Auszubildenden

- Der Trend geht weg von separaten Übergangsmaßnahmen bei Bildungsträgern hin zur Berufseinstiegsbegleitung im engen Kontakt mit den Schulen, z.B. in Form der praxisorientierten Berufsorientierung, aber auch in Form von unbürokratischer Netzwerkarbeit und stärkerem Engagement der Betriebe.
- Um auch schwächere Schüler ausbilden zu können, wird in Amberg – insbesondere von kleineren Betrieben ohne eigene betriebsinterne Qualifizierungsmöglichkeit – auf das Angebot ausbildungsbegleitender Hilfen (abH) des Kolping-Bildungswerkes zurückgegriffen. Für Haupt- und Mittelschüler wird durch die HWK Niederbayern-Oberpfalz flächendeckend vertiefte Berufsorientierung (VBO) in Form von Werkstattkursen angeboten (Ausnahme: Bildungszentrum Amberg). Dies werde sehr gut angenommen, insgesamt besteht jedoch noch Optimierungsbedarf, da die Werkstätten an Schulen nicht ausreichen würden.
- Die Vermittlungsquote von Mittelschülern in Ausbildungen sei relativ niedrig. Dies wird auf deren mangelnde soziale Kompetenzen einiger Schüler und die fehlende Unterstützung aus dem Elternhaus zurückgeführt. Ausschlaggebend sei hier der soziale Hintergrund der Familien. Eine Lösung wird in frühkindlicher Bildung und so früh wie möglich in der intensiven Betreuung in Ganztagesklassen gesehen, deren Struktur und Ausstattung noch nicht als optimal eingeschätzt werden. Ein Ausbau gebundener Ganztagesschulen sei jedoch an den Nachweis ihrer positiven Effekte gekoppelt (Monitoring, Evaluation).
- Als wichtig wurde zudem erachtet, eine langfristige Berufseinstiegsbegleitung ohne Brüche anzubieten. Derartige Maßnahmen, die häufig Modellcharakter haben, müssen verstetigt und vorhandene Ressourcen verschiedener Akteure durch Netzwerkverbindungen effektiver genutzt werden. Dabei sei Aufgabe

der Stadt, Engagement und Eigeninitiative zu unterstützen und die unterschiedlichen Systeme (Familie, KiTa, Schule, Jugendarbeit, Mentoren/Paten, Einstiegsbegleiter, Betriebe) zusammenzubringen. Nötig sei, die gemeinsame Aufgabe nicht in Verantwortlichkeiten auszudividieren, sondern sich zusammen lokale Probleme bewusst zu machen, an Lösungen zu arbeiten, diese umzusetzen und deren Zielführung zu überprüfen, ohne Schuldzuweisungen zu betreiben.

- Generell erweist sich das veränderte Bildungsverhalten als zusätzliche Hypothek für das duale Ausbildungssystem, da sich nicht nur dadurch immer weniger junge Leute in Ausbildung begeben, weil es demographisch weniger Nachwuchs gibt, sondern auch, weil die Haupt- bzw. Mittelschule auch prozentual Schüler an andere Schularten verliert.
- Von Seiten der IHK und HWK wird erwartet, dass u.a. durch den verstärkten Reformdruck, durch die demographische Entwicklung und den zunehmenden weltweiten Wettbewerb Ausbildungsberufe weiter gebündelt werden, wie es in anderen Ländern bereits erfolgt ist. Aktuell gibt es durch die Reform der an Berufsschulen angebotenen Ausbildungsgänge bereits zunehmende Härten in Bezug auf die von Auszubildenden zurückzulegenden Strecken zur Berufsschule. Es müsse evtl. auch eine verstärkte Blockbeschulung geprüft werden.
- Von der Agentur für Arbeit wird darauf hingewiesen, dass Teilzeitausbildungen, die es vor allem Frauen ermöglichen, Familie und Ausbildung zu vereinbaren, nur dann gefördert werden können, wenn es sich um eine verkürzbare Ausbildung handelt. Dies treffe leider für die Ausbildung zur Altenpflege nicht zu. Gerade in diesem Bereich gäbe es Chancen, da der Bedarf an Fachkräften sehr hoch sei. Der Agentur für Arbeit seien aber aufgrund der Vorgaben die Hände gebunden.

Qualifizierung von Arbeitnehmern

- Deutschland weist im Bereich der Weiterbildung im Erwachsenenalter in Europa einen Platz im unteren Mittelfeld auf. Vor allem in kleinen Betrieben unterliegt die Fort- und Weiterbildung häufig einer negativen Logik: Sind die Zeiten wirtschaftlich schwierig, haben Betriebe häufig nicht die finanziellen Mittel, Arbeitnehmer freizustellen und Fortbildungen zu bezahlen. Ist die wirtschaftliche Lage gut, wie im Moment, können kleine Betriebe Arbeitnehmer oft schwer entbehren, da Aufträge schnell bearbeitet werden müssen. Der Trend gehe daher zunehmend zu betriebsnahen und kurzen Fort- und Weiterbildungsangeboten, um überhaupt lebenslanges Lernen in kleinen Betrieben realisieren zu können.

- Vor allem kleinere Betriebe könnten viele Fortbildungsinhalte betriebsnah in einem Netzwerkverbund leichter realisieren. Solche Verbünde gäbe es aktuell – so die übergreifende Einschätzung – noch viel zu wenig. Realisierungschancen würden sich z.B. in der Sprachförderung von Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund ergeben. Große Betriebe könnten Sprachkurse berufsbegleitend vielfach selbständig realisieren. Kleinere Betriebe können berufsbegleitende Sprachkurse nicht selbst gestalten. Von Seiten des Kolping-Bildungswerkes besteht die Bereitschaft, mit der IHK, HWK und der Wirtschaftsförderung der Stadt Amberg verstärkt auf kleine Unternehmen mit entsprechenden Kurs- und Vernetzungsangeboten zuzugehen. Entsprechende Initiativen werden von Seiten des Kolping-Bildungswerks zeitnah verfolgt.
- Ein lange Zeit nicht ausreichend bearbeitetes Problem war darüber hinaus die Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Fachkräfte. Inzwischen gibt es die gesetzliche Vorgabe, ab Frühjahr des nächsten Jahres jedem Antragsteller auf Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Qualifikationen innerhalb von drei Monaten einen abschließenden Bescheid zu geben, ob diese anerkannt werden können oder ob noch Nachqualifikationen für eine Anerkennung nötig sind. IHK und HWK bauen aktuell entsprechende Service- und Beratungsstellen auf. Erfahrungen liegen noch nicht vor. Es wird aber erwartet, dass eine Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben aufgrund der weltweit sehr unterschiedlichen Ausbildungen schwierig werde und mit einer Antragsflut gerechnet werden muss. Ungeklärt sei auch noch, wer finanziell für eine Nachschulung aufkomme.

Erhöhung der Lebensarbeitszeit

- Die Frühpensionierungen der Vergangenheit kosten aktuell immer noch über 20 Mrd. Euro pro Jahr. Der Trend zur Frühpensionierung ist inzwischen gebrochen, aber viele Probleme sind damit auch verschoben worden. In großen Betrieben gehen aktuell wenig Mitarbeiter in Rente, da viele vor einiger Zeit frühpensioniert wurden. Zunehmend ist allerdings bei einem bevorstehenden raschen Ausscheiden großer Arbeitnehmeranteile in Betrieben die Übergabe betrieblichen Know-hows ein Problem. Daher müssen verstärkt altersgemischte Gruppen eingerichtet werden, damit betriebliche Wissenspotentiale nicht verloren gehen. Entsprechende Maßnahmen müssen laut IHK und HWK laufend beworben werden.
- In der Arbeitsgruppe wurde die Einschätzung geteilt, dass bei einer zunehmenden Lebensarbeitszeit neue Modelle der Aufstiegs- und Anpassungsqualifizierung erprobt werden müssen.

- Eine Fachkräftebedarfsbefragung der HWK hat ergeben, dass die Betriebe ältere Mitarbeiter durchaus behalten wollen würden, diese würden jedoch häufig Qualifizierungsmöglichkeiten nicht mehr wahrnehmen. Man stellte fest, dass dies auf eine personalpolitische Kehrtwende zurückzuführen sei. Früher habe man sich in konjunkturell schwächeren Zeiten vor allem von älteren Arbeitnehmern getrennt, nun denke man in den Personalabteilungen um und biete Fortbildungen sowie qualifizierende und präventive Maßnahmen an. Dies sei bei älteren Arbeitnehmern jedoch noch nicht angekommen. Die Einstellungs- und Personalpolitik müsste sich darauf einstellen und den Wandel weitervermitteln, um die in den Köpfen vorherrschende Vorruhestandsideologie aufzubrechen.
- Auch die Notwendigkeit lebenslangen Lernens gilt es stets hervorzuheben, da eine einmal erworbene Schul- und Berufsbildung nicht mehr ausreicht, ein Leben lang eine Berufstätigkeit auszuüben. Für einige Arbeitnehmer müssen auch Möglichkeiten geschaffen werden, von einem einmal ausgeübten Beruf in einen anderen zu wechseln, wenn diese den ursprünglichen Beruf nicht mehr ausüben können.

Förderung der Arbeitsmarktintegration

- Die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt insbesondere Geringqualifizierten und Ambergern mit Migrationshintergrund in wesentlich geringerem Maße als anderen Gruppen, da ihr Sozialkapital geringer ausgeprägt ist. Damit unterscheidet sich der Amberger Arbeitsmarkt zwar nicht grundsätzlich von anderen Gebieten Deutschlands, dennoch ist es sinnvoll bezüglich der Ausschöpfung der Arbeitskraftpotentiale in Bezug auf diese Zielgruppen weiterhin Akzente zu setzen.
- Es wurde festgehalten, dass sich das Migrationsgeschehen insofern ändere, als die deutsch-russische Zuwanderung nachlasse und sich die Varianz der Herkunftsländer erhöhe. Dies verstärke die Probleme in den Übergangsklassen der Schulen, ein frühes Deutschlernen werde erschwert. Außerhalb der Schule können Kinder – ebenso wie EU-Bürger – nicht von den bestehenden Sprach- und Eingliederungssystemen profitieren, da diese nur erwachsenen Nicht-EU-Ausländern zugänglich sind.

4.3.3 Das wollen wir erreichen

Die Stadt Amberg unterstützt alle Akteure des Arbeitsmarktes im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Entwicklung von Maßnahmen, die helfen die demographiebedingten Rückgänge des Arbeitskraftpotentials abzufedern. Auch die Aufklärung in Bezug auf die bevorstehende Entwicklung wird von der Stadt Amberg unterstützt. Es wird berücksichtigt, dass Erfolge

in diesem komplexen Arbeitsfeld nur durch ein intensives Zusammenwirken aller Akteure erzielt werden können. Dabei müssen in Bezug auf die Schaffung familien- bzw. arbeitnehmerfreundlicher Arbeitsbedingungen in Zukunft verstärkt die Arbeitgeber in die Diskussion einbezogen werden.

4.3.4 Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Als grundlegende Leitlinien für die Maßnahmenempfehlungen haben sich in den Diskussionen während der Arbeitsgruppensitzungen und Fachgespräche zwei Kernaussagen herauskristallisiert:

'Keiner darf verloren gehen, wir brauchen jeden!'

und

'Prävention statt Reaktion!'

Als entscheidend werden dabei Bündnisse aus regionalen Akteuren betrachtet, die gemeinsame Umsetzungs- und Überzeugungsarbeit leisten. Prioritäre Ansatzpunkte wurden bei der Begleitung insbesondere schwächerer Schüler und Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund gesehen sowie bei der Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Familien, Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund.

4.3.5 Maßnahmen

Auch bei den Maßnahmenauflistungen werden nur die Themenbereiche aufgelistet, bei denen ein engerer Zusammenhang zu Bildungsthemen besteht. In diesem Arbeitsbereich sind viele Akteure betroffen. Daher ist nicht bei allen Maßnahmen die Stadt Amberg gefordert.

4.3.5.1 Rekrutierung von Auszubildenden

- Ausweitung der Ganztagesbetreuung, insbesondere als gebundene Ganztagesschule und vor allem im Mittelschulbereich
- Optimierung der Struktur und Ausstattung bestehender Ganztagesbetreuung
- Verstetigung der praxisorientierten Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung
- Beibehaltung bzw. Erweiterung der ausbildungsbegleitenden Maßnahmen, auch zur Aufarbeitung sozialer Defizite
- Verstärkte Netzwerkbildung der Akteure im Bereich Familienbildung, Schule und Ausbildung
- Unterstützung, Monitoring und Evaluation der Optimierungsbemühungen beim Übergang Schule-Beruf
- Weitere Konzentration der Ausbildungsgänge

- Prüfung verstärkter Blockbeschulung
- Ausbau der Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung

4.3.5.2 Qualifizierung von Arbeitnehmern

- Netzwerkverbund Fortbildung kleinerer Betriebe
- Ausbau der Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse
- Bei Bedarf konsequente Nachqualifizierung ausländischer Arbeitskräfte

4.3.5.3 Erhöhung der Lebensarbeitszeit

- Aufbau einer Managements zur Wissensübergabe in Betrieben
- Verstärkte Gesundheitsförderung in Betrieben
- Umfassendere Einbeziehung von älteren Arbeitnehmern in Fort- und Weiterbildungen
- Gezielte Vorbereitung auf den Übergang Arbeit-Ruhestand

4.3.5.4 Förderung der Arbeitsmarktintegration

- Sprachkurse für Arbeitsnehmer mit Migrationshintergrund auch in kleinen und mittleren Betrieben
- Ausbau der Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse
- Konsequente Nachqualifizierung ausländischer Arbeitskräfte bzw. Weiterbildung Geringqualifizierter
- Intensivierung der Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration, z.B. durch Installierung einer regionalen Prozesskette

4.4 AG 4: Austausch der Schulen

Im Rahmen der ersten Amberger Bildungskonferenz wurde ein Austausch aller Amberger Schulen angeregt, um schulartübergreifende Fragen zu thematisieren.

4.4.1 Ausgangssituation

Grund- und Mittelschulen werden zentral vom Staatlichen Schulamt betreut, während Förderschulen, Realschulen, Gymnasien und Berufliche Schulen eigene schultypinterne Austauschbeziehungen pflegen. Zwar ist die Stadt Amberg Sachaufwandsträger für viele Schulen, aber gemeinsame inhaltliche Diskussionen unter Beteiligung von Vertretern aller Schulen wurden vor Beginn der Bildungsleitplanung bisher nicht geführt.

4.4.2 Das wollen wir erreichen

Unter der Moderation der Stadt Amberg werden alle Schulen der Stadt Amberg in einen Austausch einbezogen, um schultypübergreifende Fragestellungen zu thematisieren und einer Lösung zuzuführen.

4.4.3 Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Der Austausch aller Amberger Schulen auf Leitungsebene wird unter der Federführung des Schulreferats der Stadt Amberg einmal im Jahr realisiert. Bei Bedarf werden Arbeitsgruppen eingerichtet, um aufgeworfene Fragestellungen zu klären.

4.4.4 Maßnahmen

4.4.4.1 Gemeinsame Sitzung der Vertreter aller Amberger Schulen

Einmal im Jahr werden die Vertreter aller Amberger Schulen vom Schulreferat zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, um schultypübergreifende Fragen zu thematisieren und einer Lösung zuzuführen.

4.4.4.2 Abstimmung und Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen

Zur weiteren Abstimmung und Entwicklung der Beratungsstrukturen erstellt das Staatliche Schulamt nach Zusendung entsprechender Daten durch die Schulen ein Übersicht aller Beratungsangebote aller Schulen. Das Staatliche Schulamt weitet die Einladungsliste für gemeinsame Treffen der Vertreter schulischer Beratungsangebote auf alle Schulen aus, mit dem Ziel, diese noch besser aufeinander abzustimmen.

4.4.4.3 Abstimmung kultureller Angebote

Viele Schulen bieten Veranstaltungen auch offen für Besucher an, die nicht zur unmittelbaren „Schulfamilie“ gehören. Ein Beispiel dafür sind die Aufführungen bei den Theatertagen. Hier kann eine bessere Abstimmung der Angebote aufeinander und gemeinsame Bewerbung einen einfacheren Zugang zu den Angeboten bewirken. Daher lädt das Schulreferat zu-

nächst bzgl. der Theatertage zu einer gemeinsamen Koordinierungssitzung ein.

4.4.4.4 Unterstützung schul- und schulartübergreifender SMV-Aktivitäten

Von Seiten der Schulen würde ein verstärkter schul- bzw. schultypübergreifender Austausch der SMV-Vertreter begrüßt werden. Evtl. könnte ein solcher Austausch von Seiten des SJR mit unterstützt werden. Räumlichkeiten für ein solches Vorhaben können über die Schulen zur Verfügung gestellt werden. Auch über die SMV-Ebene hinaus wird ein Austausch der Schüler in gemeinsamen Projekten befürwortet.

4.4.4.5 Unterstützung der Integration von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund

Die Schulen thematisierten einen deutlichen Bedarf an Unterstützung in Bezug auf die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund, z.B. sind zur Kontaktaufnahme mit manchen Eltern Übersetzungsdienstleistungen nötig. Das Schulreferat stellt den Schulen eine Liste potentieller Übersetzer für verschiedene Sprachen bereit. Hier sollten auch die Potentiale von Schülern mit Migrationshintergrund, die sich in der Schullaufbahn gut zurechtfinden, dafür genutzt werden, als Tutoren für andere Schüler mit Migrationshintergrund tätig zu werden. Auch schulübergreifende Deutschkurse für Schüler mit Migrationshintergrund können entsprechende Unterstützung bieten.

4.4.4.6 Austausch mit den Kindertagesstätten

An den Kreis der Schulleitungen wird von Seiten der Leitungen der Kindertagesstätten der Wunsch nach einem intensiveren Austausch herangetragen. Es gilt, dafür passende Strukturen zu schaffen.

4.5 AG 5: Bildung im Erwachsenenalter (Lebenslanges Lernen)

„Es ist schlimm genug, daß man jetzt nichts mehr für sein ganzes Leben lernen kann. Unsere Vorfahren hielten sich an den Unterricht, den sie in ihrer Jugend empfangen; wir aber müssen jetzt alle fünf Jahre umlernen, wenn wir nicht ganz aus der Mode kommen wollen."

Goethe in seinem Werk "Wahlverwandschaften“

Die Betrachtung der Bildungsangebote im Erwachsenenalter hängt stark vom zugrunde gelegten Bildungsbegriff ab. Im Rahmen der Bildungsleitplanung liegt der Bildung im Erwachsenenalter bzw. dem Lebenslangen Lernen die zu Beginn des Leitplanungsberichts vorgestellte Definition der Bildung zu Grunde. Gerade im Sinne dieses erweiterten Bildungsbegriffs, der neben der **Wissensvermittlung** auch den Erwerb von **Fähigkeiten**, die **Teilhabe am kulturellen Leben** und das **soziale Miteinander** zum Gegenstand hat, ergeben sich vielfältige Entwicklungs- und Umsetzungsmöglichkeiten des Lebenslangen Lernens.

Lebenslanges Lernen muss auf die einzelnen Lebensphasen eines Menschen zugeschnitten sein. Neben der Schul- und Berufsausbildung sollten die Phasen Ehe, Partnerschaft, Familie, Kindererziehung genauso Beachtung finden wie der Berufsausstieg und das nachberufliche Engagement.

Inzwischen ist es Allgemeingut, dass selbst ein einmal erzielter Schul- oder Berufsabschluss nicht mehr ausreichend ist, ein komplettes Berufsleben kompetent zu gestalten. Der technische Fortschritt zwingt alle dazu, lebenslang weiter zu lernen. Aber nicht nur dort, wo technischer Sachverstand gefragt ist, verändert sich die Berufspraxis. Auch in Dienstleistungsberufen wächst der Wissensumfang schnell und die Berufsausübung muss sich einer sich verändernden Gesellschaft anpassen. Verweigert man sich dem Lebenslangen Lernen, kann das dazu führen, dass man eventuell im Berufsleben an den Rand gedrängt wird, oder die Gefahr wächst, frühzeitig aus der Arbeitswelt auszuscheiden.

So schlüssig die Notwendigkeit Lebenslangen Lernens auch begründet werden mag, hinkt die Umsetzung dieser Aufgabe in Deutschland hinterher. Im Jahr 2005 fanden in 30 Prozent der Betriebe betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen statt. In Frankreich hingegen betrug die Quote 46 Prozent und in Tschechien 59 Prozent. Insgesamt liegt Deutschland in Bezug auf die betriebliche Weiterbildung im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld.

Eines der gegenwärtigen Probleme ist laut Teilnehmern der Arbeitsgruppe, dass man ungefähr 150.000 Bürger im Einzugsbereich habe, aber die Angebote nur von sehr wenigen wahrgenommen werden. Weiterhin gibt es Überschneidungen von Angeboten in terminlicher und thematischer Hinsicht. Andererseits gibt es Absprachen unter einigen Trägern hinsichtlich der Bandbreite der Angebote. Nur der Kulturbereich sei von vielen Überschneidungen geprägt, was seitens der VHS wegen des immensen Angebotes unmöglich anders zu koordinieren sei. Anders sieht es im Bereich der beruflichen Bildung aus. Hier liegt eine explizite Konkurrenzsituation vor, die so auch gewünscht sei.

Betreffend des Kontakts der Träger zu den örtlichen Firmen sei es seit langem die Situation, dass vor allem bei kleinen Firmen kaum oder keine Weiterqualifizierung der Arbeitnehmer stattfinde. In Phasen des Aufschwungs werde jede Hand benötigt, in Phasen des Abschwungs sei es dann zu teuer, so die gängige Argumentation. Es werde wohl solange weitergehen, bis der Fachkräftemangel so hart werde, dass die Firmen auf Weiterqualifizierung setzen würden.

Natürlich kann Lebenslanges Lernen aber nicht nur als unbequeme Außenanforderung verstanden werden, sondern auch als Chance und Bereicherung im Leben. Lebenslanges Lernen hört aus dieser Perspektive nicht mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben auf. Gerade für die stark wachsende und an Lebensjahren gewinnende ältere Generation gilt es, Teilhabe und damit auch Lernchancen zu schaffen.

4.5.1 Ausgangssituation

In Amberg gibt es neben umfangreichen Angeboten privatwirtschaftlicher Anbieter die durch die Stadt Amberg getragene Volkshochschule, die Bibliotheken, die kirchlichen Bildungsträger sowie die IHK und HWK als zentrale Akteure Lebenslangen Lernens. Aber auch weitere Institutionen sind als Ansprechpartner für Lebenslanges Lernen zu nennen: Die Hochschule, die Agentur für Arbeit in Bezug auf berufsbezogene Weiterbildung, alle Unternehmen, aber auch soziale und kulturelle Einrichtungen von der Kindertagesstätte über Theater bis hin zu Seniorenwohnanlagen und -heimen.

4.5.2 Das wollen wir erreichen

Lebenslanges Lernen soll in allen Altersgruppen gefördert werden. Dazu ist es notwendig, altersspezifische oder zielgruppenspezifische Zugänge zu nutzen und weiter zu entwickeln. Insgesamt gilt es, die Teilhabe am Lebenslangen Lernen zu steigern. Dazu ist es nötig, z.B. durch Vorträge und Veranstaltungen laufend für Lebenslanges Lernen zu werben. Zudem müssen Institutionen und Multiplikatoren für das Thema sensibilisiert werden.

4.5.3 Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Stadt Amberg unterstützt die Erstellung einer laufend zu aktualisierenden und leicht über das Internet zugänglichen Datenbank Amberger Bildungsangebote für das Lebenslange Lernen. Die Träger der Bildungsangebote für Erwachsende werden immer wieder in einen Dialog bezüglich der Entwicklung des Arbeitsbereichs einbezogen.

4.5.4 Maßnahmen

4.5.4.1 Bildungsplattform

Die Stadt Amberg unterstützt den Aufbau einer Internetplattform der Bildungsangebote auf der Grundlage des Modellprogramms, das vom Bayerischen Volkshochschulverband mit finanzieller Unterstützung des Bayerischen Arbeitsministeriums umgesetzt wird. Auf dieser Plattform können sowohl Beratungsangebote als auch Kursangebote abgerufen werden. Günstig wäre eine gemeinsame Umsetzung einer solchen Plattform zusammen mit dem Landkreis.

4.5.4.2 Austausch der Anbieter

Durch den Austausch der Anbieter werden die Akteure vernetzt und wichtige Themen des Lebenslangen Lernens können diskutiert werden. Zudem können Maßnahmen angeregt werden, für die die Kooperation vieler Partner benötigt wird. Es wird versucht, diesen ressourcenschonend an bestehende Strukturen anzukoppeln, um den Aufbau paralleler Gremien zu verhindern. Bezüglich der Weiterführung des Themas Bildung durch die Stadt wird angeregt, die angestrebten Bildungsvorträge in einer gemeinsamen Sitzung der Bildungsträger abzustimmen und einzelne Vorträge evtl. auch als Kooperationsveranstaltungen durchzuführen.

4.5.4.3 Bildungskampagne (Bewusstsein schaffen)

Bildung umfassender in allen Gruppen der Gesellschaft zu verankern, bedarf einer dauernden Werbung. Durch Einzelveranstaltungen (z.B. Vorträge) und begleitende Pressearbeit soll Bildung insgesamt und Lebenslanges Lernen insbesondere gefördert werden.

4.5.4.4 Bildung als umfassende Perspektive der Stadt Amberg

Von Seiten der Arbeitsgruppenteilnehmer wird gefordert, dass die Stadt Amberg der Unterstützung von Bildungsangelegenheiten umfassende Aufmerksamkeit widmet und dabei alle Anbieter von Bildung einbezieht sowie nach Möglichkeit durch die Bereitstellung von Räumen oder eine finanzielle Förderung unterstützt.

4.6 AG 6: Inklusion

Die Diskussion im Themenbereich Integration ist in Amberg seit langem präsent. Mit Integrationsvorhaben ist vielfach die Diskussion um gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbunden.

Im Rahmen der Bildungsleitplanung soll der Blick auf spezielle Aspekte der Integration in den Bildungsprozess gelenkt werden. Integration bezieht sich also auf Maßnahmen, Teilhabechancen für Bevölkerungsgruppen herzustellen, die als benachteiligt gelten.

Inzwischen hat sich auch eine andere Perspektive in Fachkreisen ergeben: „Zur Zeit ist die Diskussion um Integration und Teilhabe durch die Perspektive Inklusion bestimmt. Die Integration unterscheidet zwischen Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Inklusion geht von der Besonderheit und den individuellen Bedürfnissen eines jeden Kindes aus. Während die integrative Pädagogik die Eingliederung der Kinder mit Behinderungen anstrebt, erhebt die inklusive Pädagogik den Anspruch, eine Antwort auf die komplette Vielfalt aller Kinder zu sein. Sie tritt ein für das Recht aller Schüler und Schülerinnen, unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft miteinander und voneinander zulernen. Kein Kind darf ausgesondert werden, weil es den Anforderungen der Schule nicht entsprechen kann. Im Gegensatz zur Integration will die Inklusion nicht die Kinder den Bedingungen der Schule anpassen, sondern die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler ausrichten."[8]

Es ist zu erwarten, dass der Ruf lauter werden wird, der UN-Vereinbarung zur Errichtung eines inklusiven Schulsystems nachzukommen. An vielen Schulen klopfen auch jetzt bereits Eltern von Kindern mit Handicaps an, damit deren Kinder in die Regelschule aufgenommen werden, ohne dass die Regelschulen umfassend auf deren Beschulung vorbereitet wären.

Die wesentliche Frage ist, *wie* Inklusion in Zukunft realisiert wird. Selbstverständlich muss an dieser Stelle betont werden, dass die Gestaltung eines inklusiven Schulsystems in die Kulturhoheit der Länder fällt.

Es ist zu erwarten, dass die Integrationsdiskussion zunehmend von der Inklusionsperspektive bestimmt wird. Die Stadt Amberg kann eine gesamtgesellschaftliche Debatte, die viele Konsequenzen nach sich zieht, nur sehr bedingt beeinflussen, sollte sich aber zukünftig den mit dem Perspektivenwechsel verbundenen Fragen offen stellen und zielführende Diskussionen

---

8 Schumann, Brigitte (2009): Inklusion statt Integration - eine Verpflichtung zum Systemwechsel. Deutsche Schulverhältnisse auf dem Prüfstand des Völkerrechts. In: Sonderdruck Pädagogik, Heft 2/2009 S. 51

unterstützen. Die für die Vernetzung notwendige finanzielle Ausstattung muss vom Land zur Verfügung gestellt werden.

4.6.1 Ausgangssituation

Es ist davon auszugehen, dass das Thema Inklusion zukünftig eine noch stärkere Rolle spielen wird. Die Anzahl der Menschen mit Behinderung ist in den letzten Jahren merklich angestiegen. (2003: 4.400; 2007: 4.876, Bay. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung). Dies gilt sowohl für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen als auch für Menschen mit sozialen bzw. emotionalen Defiziten.

Die Erfolge bezüglich der Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderungsbedarf sind sehr unterschiedlich. Hier bedarf es weiterer und andauernder Anstrengungen zum Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen.

In der Arbeitsgruppe Inklusion wurde eine Vielzahl von Themen diskutiert, die mit den Inklusionsbestrebungen zusammenhängen:

- **Inklusionsbedingungen Personal/bauliche Veränderungen**
  Von den Teilnehmenden des Arbeitskreises wird deutlich gemacht, dass es erhebliche Anstrengungen in Bezug auf bauliche Veränderungen und auf die Entwicklung der Qualifikation des Personals der Regeleinrichtungen brauche, damit Inklusion erfolgreich umgesetzt werden kann.
- **Umgang mit Anderssein**
  Ein Element der Inklusion ist stets, sich mit dem Anderssein auseinanderzusetzen. Letztlich fördert die Inklusionsperspektive die Ansicht, dass jeder Mensch anders ist und eine individuelle Unterstützung braucht. Die Inklusionsdiskussion ist daher eng mit der Entwicklung individueller Fördermöglichkeiten verknüpft.
- **Schulbegleitung hat Grenzen (aktuell vier Schulbegleiter)**
  In der Arbeitsgruppe wurde angesprochen, dass Schulbegleitung aktuell enge personelle Grenzen hat und auch beileibe nicht alle Probleme lösen könne.
- **Personalproblem (wenig verfügbares geschultes Personal/Heilpädagogen)**
  Von verschiedenen Diskussionsteilnehmern wird festgestellt, dass es aktuell zu wenig speziell qualifiziertes Personal (z.B. Heilerziehungspfleger) geben würde, um die Inklusion wirklich zielführend und konsequent vorantreiben zu können.

- **Es fehlt eine zentrale Stelle, die Fördermöglichkeiten aufzeigt**
  Teilweise wird beklagt, dass die Fördermöglichkeiten für Inklusionsbemühungen eher unübersichtlich seien und es keine zentrale Stelle gäbe, die hier einen Überblick habe.
- **Inklusive Arbeitsplätze mit Jobcoach**
  Es wird darauf hingewiesen, dass es nach Inklusionsbestrebungen in Tageseinrichtungen und in Schulen auch verstärkt inklusive Arbeitsplätze brauche.
- **Kompetenztransfer von den Förderschulen in die Regelschulen nötig/Intensivierung des Austausches**
  Laut Arbeitsgruppe können nur durch einen verstärkten Kompetenztransfer von den Lehrkräften/Mitarbeitern der Förderschulen hin zu den Lehrkräften/Mitarbeitern der Regelschulen Inklusionsfortschritte erzielt werden.

4.6.2 Das wollen wir erreichen

Jedes Kind und jeder Jugendliche soll gemäß seiner ganz spezifischen Situation individuell gefördert und im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einem selbstbestimmten Leben hingeführt werden. Nach Möglichkeit soll jedes Kind und jeder Jugendliche einen qualifizierten Abschluss erreichen und ein Leben in Arbeit führen. Gleichzeitig soll auch die gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe (jenseits einer Fixierung auf berufliche Bildung und Berufstätigkeit) gefördert werden.

4.6.3 Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Die Stadt Amberg fördert die Integration von Kindern und Jugendlichen in die lokale Bildungslandschaft. Die Inklusionsperspektive wird zukünftig im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit bei den Planungen mit berücksichtigt.

Folgende Bausteine – teilweise Landesaufgaben – spielen dabei eine zentrale Rolle:

- Neue Konzepte, vor allem auch Kooperationsformen, für Schulen und Fördereinrichtungen entwickeln – soweit im Rahmen rechtlicher Vorgaben des Landes möglich.
- Konzepte für die Beratung und den Austausch zwischen Schulen und Fördereinrichtungen gestalten.
- Konsequente Umsetzung der Inklusionsperspektive, z.B. in Bezug auf die räumliche Ausgestaltung und Ausstattung (Barrierefreiheit fördern).

Einige dieser Bausteine können nur realisiert werden, wenn von Seiten des Landes Bayern entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Bei der weiteren Gestaltung der Inklusionsangebote gilt es, nicht nur den Bereich der frühkindlichen Bildung bzw. der Schule, sondern auch den Arbeitsmarkt einzubeziehen. Im Bereich der Schulen können die Angebote der Ganztagsschule helfen, Inklusion umzusetzen. Generell gilt es in Bezug auf das Thema Inklusion auch die Übergänge zwischen den Schularten zu beachten.

Die Stadt kann die Schulen und Einrichtungen im Entwicklungsprozess über Vernetzungsprojekte und Foren begleiten und unterstützen.

Das Zukunftsthema Inklusion ist in die Vernetzungsdiskussion der Schulen, Kindertagesstätten und außerschulischen Bildungsträger einzubeziehen. Dies kann geschehen durch

- eine Kooperation und Integration aller Akteure (Web-Seite, Treffen, Netzwerke),
- Erarbeitung ganzheitlicher Konzepte,
- Öffentlichkeitsarbeit mit der Verbreitung guter Praxis und
- Verbesserung der Teilhabe (mehr niedrigschwellige Angebote, aktives Aufeinanderzugehen, Zielgruppenkonzepte).

4.6.4 Maßnahmen

4.6.4.1 Tagung Inklusion

Als erster Schritt einer umfassenderen Diskussion des Themas Inklusion führt das Städtische Schulamt im März 2012 zusammen mit dem Staatlichen Schulamt eine Tagung zum Thema Inklusion durch.

4.6.4.2 Arbeitsgruppe Inklusion

Zur Fortführung der Diskussion kann im Anschluss der Tagung auch ein Arbeitskreis Inklusion beitragen, der an die Arbeitsgruppe Inklusion der Bildungsleitplanung anknüpft.

5 Ausblick auf die weitere Arbeit im Themenbereich Bildung

Im Rahmen der über einjährigen Projektarbeit am Bildungsleitplan hat sich gezeigt, dass das Thema Bildung von vielen interessiert beobachtet und analysiert wird. Auch die aktive Mitarbeit an Entwicklungsvorschlägen wurde von über 120 Beteiligten in den Arbeitsgruppen nicht gescheut. Bildung ist somit ein Thema, das bewegt und viel Engagement auslöst. Aber auch die im Prozess gewonnene Diskussionsbreite kann noch gesteigert werden. Letztlich sind alle Amberger Bürger Adressaten der Bildungsangebote, können diese wahrnehmen, aber auch mitgestalten. Daher gilt es, den eingeschlagenen Beteiligungsweg weiter zu gehen und mit punktuellen Ansätzen, wie Vorträgen zum Thema Bildung, Bildungsanalyse oder einer zentralen Übersicht über die vielfältigen Amberger Bildungsangebote, die Bedeutung des Themas Bildung zu unterstreichen und Mitstreiter für eine aktive Gestaltung von Bildungsprozessen in Amberg zu motivieren.

Damit dieser Prozess lebendig bleibt, braucht es neben dem erklärten Willen der Stadtpolitik auch entsprechende Unterstützungsstrukturen. Ein zentraler Schritt zur Schaffung dieser Strukturen wäre die jährliche Umsetzung von Bildungskonferenzen und die kontinuierliche Betrachtung des Bildungsbereichs in einem städtischen Bildungsmonitoring.

„Wichtig ist, dass man nicht aufhört zu fragen.“

Albert Einstein